

vom Ratsbüro genehmigt
am: 25. September 2002
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der 13. Sitzung
vom Dienstag, 17. September 2002
17.00 - 19.45 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Iren Eichenberger (OeBS) Präsidentin 2002

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 46 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Hanspeter Meier (SVP)
Roland Schöttle (FDP)
Urs Tanner (SP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Alfons Cadario (EVP)
Verena Stutz (SP)
Edgar Zehnder (SVP)

Entschuldigt für den Schluss der Sitzung: Annina Keller (OeBS)
Peter Möller (GB)

Traktanden:

- 1. VdSR Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt SH, Grundsatzentscheid (Detailberatung u. Beschlussfassung) Seite 403**
- 2. MOTION Edgar Mittler (FDP)
City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser Seite 414**
3. INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP)
Bestrafung der Verschmutzung und Beschädigung des öffentlichen Raums und öffentlicher Bauwerke
Dieses Traktandum entfällt infolge Abwesenheit des Interpellanten
4. INTERPELLATION Urs Tanner (SP)
Attraktivierung Rheinuferstrasse
Dieses Traktandum entfällt infolge Abwesenheit des Interpellanten
- 5. MOTION Jakob Deppe (FDP)
Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen Seite 427**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
09.04.02	VdSR - Platzgestaltung Herrenacker	SPK
14.05.02	INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP) Bestrafung der Verschmutzung und Beschädigung des öffentlichen Raums und öffentlicher Bauwerke	
25.06.02	INTERPELLATION Urs Tanner (SP) Attraktivierung Rheinuferstrasse	
20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
13.08.02	VdSR - Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" (Stiftung Impuls)	SPK
20.08.02	INTERPELLATION Thomas Neukomm (SP) - Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg?	
20.08.02	INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Erfahrungen mit Tempo-30-Zonen in der Stadt Schaffhausen	
22.08.02	MOTION Roland Schöttle (FDP) Neunützung der Militärunterkunft Breite	
27.08.02	VdSR - Verkauf der Liegenschaft GB Nr. 51, Schulstr. 78, Barga an die Ehegatten Astrid und Pius Amrein, 8233 Barga	GPK
03.09.02	MOTION Dr. Gertrud Walch (SVP) Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung	
03.09.02	VdSR Neues VBSH-Fahrplankonzept auf den Neuhauser Linien und der Linie 4, Emmersberg - Birch	SPK
10.09.02	VdSR EWS, Tarifrevision 2002 (TO 2002) per 1. Oktober 2002	
17.09.02	VdSR - Stellenplanerweiterung städtische Altersheime	GPK
16.09.02	INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Verwendungszweck von Wahrzeichen	

Kleine Anfragen von

Peter Neukomm (SP)	Coop-Rückzug aus Buchthalen und dem Niklausen	26.06.02	8/2002
Peter Neukomm (SP)	Plakatierung bei kommunalen Abstimmungen u. Wahlen	03.07.02	10/ 02
Lotti Winzeler (OeBS)	Umsetzung Stellenplanerweiterung der städt. Altersheime	29.08.02	12/2002
Hüseyin Palaz (OeBS)	Sasag AG Digital Paketprogramm	10.09.02	13/2002

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 VdSR Gesamteinführung der Wirkungsorientierten
Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt SH,
Grundsatzentscheid (Detailberatung u. Beschlussfassung)**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Anträge der SPK - ergänzt mit den Anträgen 3.1 und 3.2 des Stadtrates - mit **33 : 4 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 22. Januar 2002 zur "Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen, Grundsatzentscheid".

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen zu.

Der Gegenantrag der SP-Fraktion zu Ziffer 2

der stadträtlichen Vorlage über die Gesamteinführung von WOV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen (Grundsatzentscheid) vom 22.01.2002:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Vorlagen zu unterbreiten zur Realisierung von Reformprojekten in städtischen Verwaltungsabteilungen mit Reformbedarf, insbesondere im Hinblick auf den vermehrten Einsatz von Leistungsaufträgen und Kostenrechnungen sowie unter Einbezug der Führungsstrukturen unterliegt in der Abstimmung der Fassung der SPK mit 14 : 30 Stimmen.

3. Der Stadtrat wird beauftragt, dem ~~Stadtrat~~ ~~Grossen Stadtrat~~ Vorlagen zu unterbreiten für die Realisierung der Projekte
 - Wirkungsorientierte Verwaltungsführung
 - Parlamentsreform.

3.1 *Der bisherige WoV-Steuerungsausschuss wird die Projekte begleiten.*

3.2 *Der Stadtrat informiert GPK und GrSR periodisch über den Projektfortschritt und darüber, welche Abteilungen mit welchem Detaillierungsgrad im folgenden Jahr für die Umstellung vorgesehen sind.*

4. Übergangsregelung Pilotprojekt:
Das WoV-Pilotprojekt wird bis zur Ablösung durch die definitive Lösung im bisherigen Rahmen weitergeführt.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 MOTION Edgar Mittler (FDP)
City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser**

Die Motion wird begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der GrSR überweist die Motion mit **33 : 3 Stimmen** mit folgendem, geänderten Wortlaut:

"Der Stadtrat wird beauftragt, die Einführung einer City-Card zur vergünstigten Benützung von Schaffhauser Kultur-, Sport-, und Freizeitstätten für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser zu prüfen und unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Projekts Aufgabenteilung des Kantons dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu unterbreiten."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP)
Bestrafung der Verschmutzung und Beschädigung des öffentlichen Raums und öffentlicher Bauwerke

Dieses Traktandum entfällt infolge Abwesenheit des Interpellanten

Traktandum 4 INTERPELLATION Urs Tanner (SP)
Attraktivierung Rheinuferstrasse

Dieses Traktandum entfällt infolge Abwesenheit des Interpellanten

Traktandum 5 MOTION Jakob Deppe (FDP)
Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen

Die Motion wird begründet, von Stadtrat Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

Der GrSR überweist die Motion mit **38 : 1 Stimmen** mit folgendem, geänderten Wortlaut:

"Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zur Schaffung von Mittagstischen **als Ergänzung zu den bestehenden und geplanten Angeboten in allen Quartieren** der Stadt Schaffhausen zu unterbreiten."

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Iren Eichenberger (OeBS) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN der Ratspräsidentin:

- Termin Pro Memoria:

Di 17. Sep. 2002 20.00 Uhr Rathauslaube
öffentl. Vortrag: Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)

- Abrechnung Sitzungsgelder 2002

Stichtag für die Abrechnung der Sitzungsgelder ist der 31. Oktober 2002.

Sitzungen, welche nach diesem Datum stattfinden, werden in der Abrechnung 2003 berücksichtigt, ebenso Spezialkommissionen, deren Arbeit am 31. Oktober 2002 noch nicht abgeschlossen ist.

Der Ratssekretär wird die Abrechnungen während den Herbstferien erstellen. Dabei bezieht er die Bürositzung vom 22. Oktober und die **Ratssitzung vom 29. Oktober mit in die Abrechnung 2002** ein.

Die Präsidentin bittet die Ratsmitglieder, Absenzen - die Ratssitzung vom 29. Oktober betreffend -, welche bereits heute schon bekannt sind, dem Ratssekretär zu melden.

Neu eingegangene Geschäfte:

03.09.02 VdSR Neues VBSH-Fahrplankonzept auf den Neuhauser Linien und der Linie 4, Emmersberg - Birch

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft einer 11er SPK zur Vorberatung zuzuweisen. Einladende Partei ist die OeBS.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Zusammensetzung der SPK:

SP: Esther Bänziger, Wilhelm Hefti, Thomas Neukomm

FDP/CVP: Edgar Mittler, Thomas Hauser, Theresia Derksen

SVP/EDU: Hans Ith, Christian Meister, Erwin Sutter

OeBS/EVP/GB: Paul Bösch, Rainer Schmidig

1. Sitzung: Mittwoch, 23. Oktober 2002, 17.00 Uhr

10.09.02 VdSR - EWS, Tarifrevision 2002 (TO 2002) per 1. Oktober 2002

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft direkt zu traktandieren, da es in der Verwaltungskommission EWS vorberaten wurde.

Peter Käßler (SP) sieht "Zündstoff" in dieser Vorlage. Er beantragt zwecks Vorberatung der Vorlage die Einsetzung einer 11er SPK oder Zuweisung an die GPK.

Alfred Zollinger (SVP) vermerkt, dass die VK EWS "im Prinzip eine Spezialkommission sei". Diese habe die Vorlage durchberaten. Der Votant sieht nicht ein, weshalb eine weitere SPK die Vorlage beraten soll. Er verweist auf die Möglichkeit, die Vorlage anlässlich der Fraktionssitzungen, welche vor dem 29. Oktober stattfinden werden, zu diskutieren. "Ich stimme dem Vorschlag des Ratsbüros zu, dieses Geschäft direkt zu traktandieren."

Esther Bänziger (SP) findet die direkte Traktandierung "ein sehr unübliches Vorgehen". Auch die VBSH habe eine Verwaltungskommission. Da sei es immer üblich gewesen, eine SPK einzusetzen. In den VK seien nur wenige ParlamentarierInnen vertreten. Sie beantragt eine SPK einzusetzen oder das Geschäft zumindest der GPK zuzuweisen.

Kurt Zubler (SP) widerspricht seinem "Fraktionskamerädl". "Ich bin der Meinung, es sei ein Auftrag der GPK gewesen und auch des Grossen Stadtrates anlässlich der Abnahme der Jahresrechnung 2001, wo man gesagt hat, dass man diese Tarife per 1. Oktober 2002 senken will. Damit haben wir ein Signal nach aussen gegeben, dass wir die hohen Gewinne, welche wir erzielt haben, auch in Form einer Tarifiereduktion weiter geben wollen. Wenn wir hier den Langsam-Gang einschalten, finde ich dies eigentlich schade."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich danke GrSR Kurt Zubler, dass er den Rat daran erinnert, dass wir von der GPK den Auftrag erhalten haben, möglichst rasch diese Tarif-Revision vorzulegen. Wir haben dies gerechnet und die Sache seriös in der Verwaltungskommission EWS vorbesprochen. Dass es Punkte gibt, die Zündstoff in sich bergen, ist klar. Wir werden dies auch im Rahmen des Budget 2003 nochmals kritisch anschauen. Aber wir müssen dieses Signal im Markt jetzt wirklich setzen, dass wir gewillt sind, unsere Kundinnen und Kunden bei unserem Werk zu halten, egal wie das Volk am 22. September zum EMG Stellung nimmt."

Peter Käppler (SP) vertritt die Auffassung, wenn die GPK schon der Auslöser für diese Vorlage gewesen sei, so soll sie diese auch vorberaten können. Er gibt weiter zu bedenken, dass - wenn künftig Geschäfte, welche in einer VK vorberaten werden, direkt traktandiert werden sollen - hierfür ein einheitlicher Modus gefunden werden müsste und nicht fallweise entschieden werden dürfte.

Josef Eugster (SVP) argumentiert, dass bei den VBSh mehr Geld ausgegeben werde und daher eine Spezialkommission gerechtfertigt sei. Er betrachtet die Forderung nach Einsatz einer SPK oder der GPK im Falle der Vorlage zur Tarifrevision EWS, welche in der VK gut durchleuchtet worden sei, als einen Misstrauensantrag gegenüber der VK.

Peter Möller (GB) akzeptiert die Argumentation des Vorredners nicht. "Natürlich geben wir bei den VBSh mehr Geld aus, aber bei den Werken wollen wir weniger einnehmen. Das ist von der Auswirkung her auf den Staatssäckel ähnlich zu betrachten. Ich gehe weiter davon aus, dass auch die VK VBSh die Vorlage ernsthaft und genau angeschaut hat. Ein Vorteil der Vorberatung der Vorlage z.B. in der GPK wäre der, dass dort noch Fragen an die Verwaltung gestellt werden können, was wir hier im Rat relativ schlecht machen können."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass dem Vorschlag des Büros auf Direkttraktandierung der Antrag P. Käppler im Raum steht, es sei das Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen.

ABSTIMMUNG

Der Rat folgt mit 29 : 11 Stimmen dem Antrag des Büros, das Geschäft VdSR - EWS, Tarifrevision 2002 (TO 2002) per 1. Oktober 2002 direkt auf die Tagesordnung vom 29. Oktober 2002 zu setzen.

An dieser Stelle richtet die Ratspräsidentin die Bitte an den Stadtrat, die Vorlagen früher vorzulegen, damit das Büro noch über die Zuweisung beraten kann.

17.09.02 VdSR - Stellenplanerweiterung städtische Altersheime

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

**16.09.02 INTERPELLATION Peter Möller (GB)
- Verwendungszweck von Wahrzeichen**

Dieser Vorstoss wird auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt.

Kleine Anfragen:

Neueingang:

Hüseyin Palaz (OeBS) Sasag AG Digital Paketprogramm 10.09.02 13/2002

Beantwortet wurden vom Stadtrat folgende Kleine Anfragen:

mit Datum 10.09.02

von Peter Wullschleger (CVP) Umsetzung der Motion
"Gesunde und attraktive Finanzen" vom 02.07.02 9/2002

mit Datum 10.09.02

Theres Brambrink (FDP) Behindertengerechte Infrastruktur -
Nutzung der Chance Herrenacker für Verbesserungen vom 06.07.02 11/2002

mit Datum 17.09.02

von Hanspeter Meier (SVP) "Vorverlegung Polizeistunde" vom 19.06.02 7/2002

Verhandlungsbereit werden folgende Geschäfte gemeldet:

VdSR - Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" (Stiftung Impuls) und

VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen
und Integration des Kulturdienstes.

Diese beiden Vorlagen werden für die Sitzung vom 29. Oktober 2002 traktandiert.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 12 der Sitzung vom 3. September 2002 wurde durch das Büro geprüft und genehmigt. Es liegt heute beim Ratssekretär zur Einsichtnahme auf. Anmerkungen werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Die Traktanden 3 und 4 entfallen infolge Abwesenheit der Interpellanten.

Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 VdSR Gesamteinführung der Wirkungsorientierten
Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt SH,
Grundsatzentscheid (Detailberatung u. Beschlussfassung)**
-----**EINTRETEN** wurde an der Sitzung vom 2. Juli 2002 beschlossen.**DETAILBERATUNG** der VdSR vom 22. Jan. 2002, Seiten 1-17
(weisse Vorlage)**Ernst Spengler, 1. Vizepräsident** verliest die Seitenzahlen.

Seiten 1 - 7 Keine Wortmeldungen

Seite 8 Peter Möller (GB) verweist auf die letzte Zeile, wo als "kühne
Behauptung" stehe: "*Kein Electronic-Government (e-gov) ohne WoV.*"Der Votant wünscht Aufschluss, da ihm nicht einleuchtet, weshalb dies ohne
WoV nicht möglich sein sollte.

Stadtpräs. M. Wenger verweist darauf, dass der SR eine Zusammenfassung über den Stand WoV Schweiz gemacht habe. "Wir haben festgestellt, dass sehr viele Projekte mit *Electronic-Government* wirklich nur Sinn machen, wenn die Benutzerplattformen so definiert sind, dass sie die Leistungsfelder bilden; Leistungsfelder, die fest zugeteilt sind, die ihren Ausdruck auch finden im Auftritt der Stadt nach aussen. WoV oder eine NPM-artige Organisation mit Leistungsfeldern sind daher Voraussetzung für Electronic-Government." Der Stadtpräsident räumt ein, dass WoV nicht in jedem Fall zwingend ist für das Electronic-Government, Leistungsfelder erleichtern jedoch das e-gov.

Christian Hablützel (SP) macht dem Ratsplenum beliebt, diese letzte Zeile auf Seite 8 ersatzlos zu streichen. "Ich habe verschiedene Länder in Asien bereist, die haben Electronic-Government schon lange eingerichtet. Die wissen nicht, was WoV ist. Die meisten wissen auch nicht, was E-Government ist... "

Ernst Gründler (FDP) verweist darauf, dass es sich hier um einen Bericht des Stadtrates handelt, bei dem wir nicht mittels Antrag gewisse Passagen abändern können.

Seiten 9 - 11 Keine Wortmeldungen

Seite 12 Peter Neukomm (SP) Fraktionserklärung *

"Ich habe mich an dieser Stelle gemeldet, weil ich denke, dass das Thema Parlamentsreform bei uns allen bisher am meisten Diskussionen ausgelöst hat. Ich kann Sie beruhigen, ich werde nur an dieser Stelle sprechen, und nicht mehr zu jeder Seite der Vorlage, wo man etwas sagen könnte. Ich kann Sie dazu auf unsere kritischen Einwände in der Vorlage verweisen. Aber an dieser Stelle seien mir doch noch ein paar Ausführungen erlaubt.

Sie werden wohl kaum überrascht sein, wenn ich Ihnen verrate, dass die SP-Fraktion von der flächendeckenden Einführung oder der Gesamteinführung von WoV in der Stadt Schaffhausen nach wie vor nicht überzeugt ist. Daran hat auch die interfraktionelle Aussprache vom letzten Dienstag nichts geändert.

Warum nicht? Weil der SR - entgegen seinen Ankündigungen - keine neuen Vorschläge resp. Anträge unterbreitet hat, welche die von uns eingebrachte Kritik entschärft oder zumindest entkräftet hätten. Eine Enttäuschung blieb auch, dass keine präziseren Vorstellungen zur Parlamentsreform zu hören waren. Der SR hat den Anlass vor allem dazu benutzt, seine Haltung nochmals darzulegen. Insofern führte dies zu einer nicht uninteressanten Vertiefung unserer Eintretensdebatte. Neu war nur die Ankündigung des SR, den Steuerungsausschuss im Amt zu belassen, um die etappenweise Einführung von WoV zu begleiten. Wir haben dies heute schriftlich auf unseren Pulten aufliegen. Das ist zwar gut gemeint, wird aber angesichts der zu erwartenden Dauer von mehreren Jahren bis zum Abschluss der Gesamteinführung die beschränkten Kapazitäten von uns MilizparlamentarierInnen übersteigen. Ich habe schon anlässlich der interfraktionellen Zusammenkunft darauf hingewiesen.

Wir von der SP-Fraktion haben immer wieder betont, dass wir uns nicht grundsätzlich gegen Verwaltungsreformen wenden.

Dort wo konkreter Reformbedarf besteht, soll der SR handeln und zwar adäquat und nicht mittels der Gesamteinführung eines zweifelhaften, umstrittenen Modells. Wir wenden uns nicht gegen den vermehrten Einbezug von Kosten- und Leistungsrechnungen zur Verbesserung der Information; auch nicht gegen die Erteilung von Leistungsaufträgen oder gegen neue Führungsstrukturen. Diese lassen sich aber auch ohne flächendeckende Globalbudgetierungen verbessern. Ich denke da z.B. an die leidige Halbämterregelung, zu welcher der SR schon seit langem eine Vorlage angekündigt hat. Zuletzt auf Spätsommer 2002. Wir haben jetzt dann bald Oktober und immer noch keine Vorlage.

Die flächendeckende Einführung von Globalbudgets samt Parlamentsreform ist der falsche Weg. Damit löst man auch die finanziellen Probleme unserer Stadt nicht. Ich warne Sie vor falschen Hoffnungen. Diese Probleme kommen nämlich nicht von einer ineffizienten Verwaltung, nicht von der traditionellen Rechnungslegung und auch nicht von der bisherigen Input-Steuerung durch die Politik.

Die Gründe, weshalb wir die Risiken als wesentlich höher einschätzen als den Nutzen, haben wir anlässlich der Eintretensdebatte ausführlich begründet. Erstaunlicherweise erhielt ich darauf u.a. aus zwei städtischen Pilotbetrieben positive Reaktionen. Ich verzichte hier auf eine Wiederholung unserer Befürchtungen. Ich möchte nur noch zur Rolle des Parlamentes einige Anmerkungen machen:

Was mich und unsere Fraktion beunruhigt, ist die Perspektive, dass künftig durch undurchsichtige Globalbudgets, eine Vielzahl von Abteilungsreserven und die Unmöglichkeit des Ausgleichs zwischen den Abteilungen die Intransparenz gefördert und die politische Steuerung erschwert wird. Die Parlamentsarbeit wird aufwändiger, komplexer und ohne Betreuung durch ein professionelles Controlling kaum mehr zu bewältigen sein. Das Parlament wird einen Kompetenzverlust erleiden, da die Formulierung von Leistungsaufträgen und Wirkungszielen für eine flächendeckende Einführung kaum möglich ist. Zudem wird die finanzielle Führung einseitig beim Budget festgemacht. Sie muss aber viel früher bei der Gesetzgebung, der Finanzplanung und den Ausgabenbeschlüssen ansetzen.

Fazit:

Produktebudgets können keinen Ersatz für das bisherige Rechnungsmodell sein, sondern nur eine Ergänzung. Leistungs- und Produktbetrachtungen können sich auf die Erteilung von Leistungsaufträgen und deren Überprüfung im Geschäftsbericht beschränken. Das bisherige Rechnungsmodell lässt sich in diesem Sinne gezielt verbessern. Aus all diesen Gründen können wir heute zum Grundsatz der Gesamteinführung von WoV nicht Ja sagen. Stattdessen werden wir Ihnen bei Ziffer 2 der Anträge der Vorlage einen Gegenvorschlag unterbreiten, der einerseits das Anliegen des SR nach Reformen aufnimmt, und andererseits unsere Befürchtungen und Einwände gegen die flächendeckende Einführung von Globalbudgets berücksichtigt.

Ich bitte Sie um Verständnis, dass wir uns bei Ablehnung unseres Antrags vorbehalten, in der Schlussabstimmung gegen die Vorlage zu votieren und uns auch getrauen werden, künftige Umsetzungs- und Detailvorlagen kritisch unter die Lupe zu nehmen."

Bernhard Egli (OeBS) nimmt Bezug auf das interfraktionelle Gespräch vom 10. September 02 im Zunfthaus Rüden. "Es ist nicht nur ein Zusammensitzen gewesen. Es resultierten ein paar wesentliche Punkte, welche nun in den Zusatzanträgen 3.1 und 3.2 des Stadtrates enthalten sind. Die Situation, dass der WoV Steuerungsausschuss die Projekte begleiten wird, ist anders als beim Kanton. Dort hat das Parlament bezüglich Mitgestaltung wenig zu sagen. Ich finde diese Begleitung sehr positiv.

Der Antrag 3.2, dass periodisch über die Schritte informiert wird und man dort wieder Stellung nehmen kann, ist ebenfalls begrüßenswert.

Wichtig ist auch der Hinweis des SR, dass diese Fach-Kommissionen und die fixen Strukturen nicht zwingend sind, dass man dies offener angehen will - z.B. mit Spezialkommissionen in der traditionellen Form. Das sind Hinweise, die mich positiv stimmen und die mich in der Überzeugung bestärken, dass WoV der richtige Weg ist."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Wichtig, Peter Neukomm, ist dem Stadtrat der Reformprozess und seine Steuerung. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass wir den Reformprozess so aufgleisen, dass er transparent ist. Das haben wir bis heute bewiesen und auch, dass wir lernfähig sind. Deswegen sind die Punkte 3.1 und 3.2 aus der Sicht des Stadtrates beileibe nicht unwichtig, weil der bisherige Steuerungsausschuss in welcher personeller Zusammensetzung dann auch immer als Element der Projektbegleitung beibehalten werden soll, und weil der SR sowohl das Personal als auch den GrSR periodisch über den Projektfortschritt informiert und auch sagt - bitte lesen Sie das genau - *welche Abteilungen mit welchem Detaillierungsgrad im Jahr X diese Reform mitmachen sollen*. Der Detaillierungsgrad ist ein wichtiger Punkt, wenn wir davon ausgehen, dass gewisse Abteilungen gesetzlich definierte Produkte haben. Es ist ein Stück des Lernprozesses des Stadtrates. Gesetzlich definierte Produkte müssen wir nicht noch einmal neu beschreiben. Diese Produktgruppe wird vom Gesetz definiert, aber was wir tun müssen, ist, die Leistungen und die Kosten, die mit der Produktgruppe verbunden sind, in eine nachvollziehbare, transparente Form zu bringen. Da liegt es dem Stadtrat daran, hier mehr Leistungs- und Kostenverbindung und Transparenz herbei zu führen. Das Wissen, was eine gesetzlich zu erbringende Leistung kostet, erleichtert letztlich auch dem Parlament die Führungsaufgabe. Wir haben z.B. jetzt bei der Zusammenführung des Zivilstandsamtes unsere liebe Mühe gehabt, den Kollegen vom Kanton zu erklären, was wir für unsere unternehmerischen Vorleistungen haben müssen, wenn unser städt. Zivilstandsamt die kantonalen Funktionen übernimmt. Hätten wir eine gute leistungs- und kostentransparente Buchhaltung im Zivilstandsamt und nicht die normale aufgrund der Detailpositionen, hätten wir das viel leichter gekonnt, und wir hätten uns auf weniger lange Diskussionen einlassen müssen, wieviel Entschädigung die Stadt braucht, wenn sie ein künftiges kantonales Zivilstandsamt im Auftrag des Kantons führt; obschon das Zivilstandsamt, wie immer zu Recht betont wurde, einen Haufen gesetzliche Aufträge zu erfüllen hat. Trotzdem, die leistungs- und kostentransparente Erfassung ist sehr wichtig, auch aufgrund der verschiedenen Reformprojekte, die überkantonal im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich auf uns zukommen werden.

Zur Parlamentsreform: Ich bin überzeugt, dass das Parlament an Kenntnissen über die politischen Leistungsziele gewinnt. Es gewinnt an "know how", wenn es die Kosten und die Leistungen in Kostensätzen anschauen kann. Das Parlament sieht endlich einmal den Wald und nicht nur die einzelnen Bäume! Wir wollen nicht die Demokratie abbauen. In Uster hat man uns gesagt, dass es ein klarer Wille des Parlamentes war, dass die Demokratie durch das dortige Reformprojekt mit NPM-Grundsätzen nicht abgebaut werde. Man hat kein einziges parlamentarisches Instrument fallen lassen, sondern hat diese mit der Leistungs-Motion ergänzt. Mit einer Leistungs-Motion kann ein Mitglied des GrSR verbindlich Leistungen der Verwaltung definieren. Das ist bis heute nicht möglich gewesen. Mit der Motion können Sie nur das verändern, was dem GrSR ohnehin als gesetzgeberisches Element zur Verfügung stehen würde - auf juristischem Weg eine Verordnung ändern, die der GrSR am Schluss absegnen muss, z.B. die Ruhegehaltsordnung. Aber eine Leistung der Verwaltung neu definieren, dass sie politisch und den Bedürfnissen der Bürgerschaft passt, ist bis jetzt nicht möglich gewesen. Man konnte sehr intensiv nachhaken mit Kleinen Anfragen und drängend interpellieren. Aber eine Motion dazu machen, konnte man streng rechtlich nicht. Mit dem Reformprojekt sollte das bei Verwaltungsleistungen verstärkt möglich sein. Letztlich geht es auch darum, den BürgerInnen sagen zu können, was die Gemeinde wirklich leistet, wofür sie Steuern bezahlen. Wenn wir nicht ein Instrument in die Finger bekommen, womit wir das plausibler machen können als heute, dann haben wir in Zukunft ein Akzeptanzproblem bei wichtigen städtischen Leistungen.

Der Stadtrat wird sich nicht auf dem linken Fuss erwischen lassen und WoV als Sparinstrument verkaufen wollen. Das kommt nicht in Frage. Wir wollen die BürgerInnen überzeugen, dass die Leistung, die wir bieten, überzeugend ist, und dass unsere Kostensätze durchaus vergleichbar sind mit Kostensätzen in Unternehmungen, die sich auch rechtfertigen müssen - nicht vor den BürgerInnen sondern vor ihren Investoren. Die BürgerInnen sind ja auch eine Art InvestorInnen.

Ich bitte Sie, vom Willen des Stadtrates Kenntnis zu nehmen, weder Demokratieabbau zu fördern noch die Bürokratie in der Verwaltung zu übertreiben. Im Gegenteil: Wir wollen zu einfacheren und aussagekräftigeren Lösungen kommen."

Raphaël Rohner (FDP)

An und für sich haben wir die Eintretensdebatte vor den Sommerferien geführt. Ich habe mir erhofft, dass wir hier nicht wieder zu einem ideologischen Schlagabtausch greifen. Aber ich möchte doch auch aus unserer Sicht nochmals ganz klarstellen, dass wir uns in unserer Fraktion - so wie es der Stadtpräsident vor wenigen Augenblicken erwähnt hat - bewusst sind, dass es sich bei dieser Neuausrichtung nicht primär um eine Sparübung handelt, dass es sich auch nicht um eine Neustrukturierung der Verwaltung, mithin des öffentlichen Dienstes, in Anlehnung an privatwirtschaftliche Modelle handelt, sondern dass es eben um ein ganzheitliches Reformpaket geht, das normalerweise - wenn es um Reformen geht - auf der linken Seite sehr wohl auf Akzeptanz stösst, von der linken Seite auch postuliert wird.

Zu diesem Reformpaket gehört auch eine Parlamentsreform, welche wir so oder so werden durchziehen müssen, denn die neue Kantonsverfassung - sofern sie angenommen wird - wird den Stadtrat veranlassen, eine Stadtverfassungs-Reform voran zu treiben und mithin die Frage zu stellen, ob nicht die parlamentarische Arbeit auf eine andere Basis gestellt und neu ausgerichtet werden soll. Ich widerspreche einmal mehr Herrn Peter Neukomm, wenn er behauptet, dass es sich hier um einen Demokratieverlust handelt. Es geht hier ganz klar - dies haben der Stadtpräsident und die Finanzreferentin vor einer Woche im Rüden deklariert - um einen Paradigmenwechsel. Im Rahmen unserer parlamentarischen Arbeit und im Rahmen unseres Verständnisses der parlamentarischen Arbeit werden wir sehr wohl einbezogen, wenn es darum geht, diese einzelnen Instrumente zu definieren und auszugestalten. Wir alle sind dann gefragt, hier mitzuwirken. Wir werden verantwortungsbewusst genug sein, dann diese Arbeit entsprechend unseren Vorstellungen und möglichst getragen von einem grossen Konsens zu leisten. Ich bin überzeugt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Ich denke, ich kann hier im Namen der ganzen Fraktion sprechen, mindestens einer ganz grossen Mehrheit - der anwesenden Fraktion. Wir werden selbstverständlich auch die einzelnen Vorlagen, die der Stadtrat präsentieren wird, zu den einzelnen Abteilungen, die in die WoV übergeführt werden, kritisch anschauen. Ich habe dies schon bei der Eintretensdebatte deponiert, dass eine Differenzierung erfolgen muss. Wir können nicht ein Bestattungsamt gleich betrachten wie ein Altersheim - wir haben hier Differenzierungsmöglichkeiten." An dieser Stelle entschuldigt sich der Votant, er wollte den Vergleich nicht so bringen. Er bittet die Medien, diesen Vergleich nicht unter "Gseit isch gseit" zu bringen. Wir können nicht das Erbschaftsamt beispielsweise mit der Verwaltungspolizei vergleichen. Hier müssen differenziert ausgestattete Vorlagen kommen. Wir werden dafür besorgt sein, dass man da nicht mit "0815-Lösungen" nach einem allgemeinen Grundsatz arbeitet, sondern dass man hier den individuellen Bedürfnissen gerecht wird; dies im Interesse der EinwohnerInnen unserer Stadt."

Stadtrat Urs Hunziker

"Ich nehme gerne Bezug auf das Votum des Stadtpräsidenten. Marcel Wenger hat darauf hingewiesen, dass zum Teil gesetzliche Grundlagen die Ausgestaltung bzw. den Detaillierungsgrad einzelner Betriebe bezüglich WoV beeinflussen. Ich benutze gerne die Gelegenheit, Ihnen ein Beispiel, wo dies zutrifft, zu erläutern.

Unsere Altersheime haben ihre direkten rechtlichen Grundlagen im "Kantonalen Altersbetreuungs- und Pflegegesetz" von 1985 und im Bundesrecht. Dabei ist gerade das Krankenversicherungsgesetz (KVG) von besonderer Bedeutung für die Rückerstattung und damit für die Finanzierung der Pflegekosten in den Städtischen Altersheimen.

Eigentlich wären die Krankenkassen gemäss KVG zur vollständigen Uebernahme der Pflegekosten in den Heimen verpflichtet. Je nach Kanton und Vertrag mit den Krankenkassen decken jedoch diese die tatsächlichen Kosten nur zu einem vereinbarten Prozentsatz - im Kanton Schaffhausen gegenwärtig zu etwa 57 %.

Nun hat Frau Bundesrätin Dreyfuss vor kurzem angekündigt, sie werde dafür besorgt sein, dass diese Situation verbessert würde. Im Klartext bedeutet dies, dass ab dem Jahr 2003 alle Spitäler und Heime eine in der "Verordnung über die Kostenermittlung und Leistungserfassung" (VKL) vorgeschriebene Kostenrechnung zu führen haben, welche für das Jahr 2004 zu einer ersten Verbesserung und für das Jahr 2005 zu neuen Verträgen mit den Krankenkassen führen wird. Diese Verordnung - VKL - schreibt unter anderem vor, die Kostenrechnung müsse die Elemente Kostenarten, Kostenstellen, Kostenträger und Leistungserfassung umfassen.

Nicht zuletzt schreibt das KVG auch die Qualitätssicherung vor. Sie sehen also, dass die Heime künftig vom Bund verpflichtet werden, gewisse WoV-Elemente aufzunehmen.

Sofern der Grundsatzentscheid zur Einführung von WoV heute positiv ausfällt, werden wir speziell darauf achten, dass in den künftigen WoV-Heimen BSV-kompatible Rechnungs- und Leistungserfassungssysteme verwendet werden, was mutmasslich etwas spezielle Lösungen bedingen wird. Nur damit kann aber eine effiziente und kostengünstige Verwirklichung von WoV erreicht werden.

Ich gehe davon aus, dass auch andere städtische Betriebe - z.B. die Städtischen Werke oder die Verkehrsbetriebe - ebenfalls spezielle Lösungen zur Realisierung von WoV beanspruchen werden, und bin deshalb zuversichtlich, dass bei sorgfältiger Ausgestaltung des Detaillierungsgrades von WoV für die Heime ein echter Gewinn resultieren wird, damit diese ihren Leistungsauftrag effizient und vor allem auch bedarfsgerecht erfüllen können."

Lotti Winzeler (OeBS) nimmt Stellung zum Votum von SR Hunziker bezüglich Kostenstellenrechnung in den Heimen. "Das haben wir ja gesagt in der SPK, dass diese so oder so in den städtischen Heimen kommen wird, weil dies eine Auflage des Bundes ist. Ob die Krankenversicherung die Kosten für die Pflegefälle wirklich zu 100% übernehmen wird, das sei dahin gestellt. Das hat nichts mit der Kostenstellenrechnung zu tun. Man kann heute schon sagen, dass nur etwa 50% abgedeckt sind. Da habe ich meine Zweifel. Dieses Argument "verhebt" nicht, um zu WoV Ja zu sagen."

Stadtrat Urs Hunziker weist darauf hin, dass er nicht behauptet habe, dass die Kostendeckung 100% betragen werde. "Frau Dreyfuss hat dies angekündigt. Ich zweifle ebenfalls daran. Jedenfalls ist zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades diese Kostenstellenrechnung notwendig."

Esther Bänziger (SP) hat ein bisschen Mühe mit diesem Thema. "Aber zwei, drei Sachen möchte ich trotzdem noch sagen. Von den Altersheimen weiss ich, dass sie zum Teil nicht so begeistert sind von der Einführung von WoV. Raphaël Rohner, wir sind meistens schon für Reformen zu haben. Da hast Du endlich einmal gesehen, dass wir nicht "ewig Gestrige" sind. Aber wir sind sehr skeptisch, wenn die so genannten Reformen aus der wirklich sehr neo-liberalen Ecke kommen. Das ist nicht unsere Ecke. Darum bleiben viele Fragen unbeantwortet. Ich bin des Themas ein wenig müde."

Ich bin seit 1998 im WoV-Steuerungsausschuss, wo ich immer die gleichen Fragen aufgeworfen und keine Antworten darauf bekommen habe. Die einen sagen, es ist gut und toll, wir glauben daran; aber warum es gut ist, und weshalb man daran glaubt, weiss ich nicht. WoV ist noch nirgends voll eingeführt, ich kenne kein Parlament, wo WoV wirklich funktioniert. Wir haben letztlich von einem Pilotversuch beim Kanton gehört, der seit sieben Jahren läuft, wo noch nie ein Politiker oder eine Politikerin nachfragen gegangen ist. Da setze ich nach wie vor weitere Fragezeichen."

Stadtpräs. M. Wenger: "Ich habe gehört, die Vorlage käme aus einer neo-liberalen Ecke. Ich bin zwar ein Liberaler, aber so ein Neo-Liberaler bin ich auch nicht. Wir haben ganz bewusst gesagt, wir wollen WoV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen einrichten. Das ist ein Prozess, Esther Bänziger, der durchaus dazu führen kann, dass wir im Detaillierungsgrad differenziert vorgehen werden. Wir haben - auch aus den Erkenntnissen aus den Pilotbetrieben - etwas gelernt. Daher hat es mich auch nicht überrascht, dass Peter Neukomm gesagt hat, er habe spontan Reaktionen bekommen. Das ist richtig. Es ist nur schade, dass die Reaktionen nicht auch innerhalb der WoV-Organisation so weit zu uns gekommen sind, dass wir sie hätten aufnehmen können. Es braucht offenbar immer wieder die öffentliche Diskussion. Ich finde es gut, dass wir das jetzt wissen. Ich bin auch froh, dass die Leute, die noch unsicher sind bezüglich dieses Reformprozesses, nicht schweigen, sondern mitmachen. Das ist mit ein Grund, weshalb der Stadtrat Punkt 3.1 und 3.2 noch in die Anträge aufgenommen hat. Wir dürfen uns nicht an den fixen Modellvorstellungen orientieren. Was wir aber haben müssen, ist ein Bekenntnis zu den Globalbudgets, zu den Vergleichen Leistungen/Kosten und zu den Leistungsfeldern. Für bestimmte Abteilungen wird das auszuarbeitende Modell sehr einfach aussehen - Raphaël Rohner hat das Bestattungsamt heute erwähnt. Es ist so, wir werden nicht viel am gesetzlichen Auftrag herum schrauben können. Wir werden das einbetten in ein Gesamt-Leistungspaket mit der Einwohnerkontrolle und dem Zivilstandsamt. Das ist eine Bürgerdienstleistung, die irgend wann einmal zusammen mit diesen beiden Ämtern zum Tragen kommt. Das wird nicht eine Riesenübung werden, sondern ein Abbild des gesetzlichen Auftrages."

Stadtrat Urs Hunziker nimmt Bezug auf das Votum von Esther Bänziger. "Die Bedenken der Heime sind mir nicht unverborgen geblieben. Ich habe sie ausgiebig mit den Heimleitungen diskutiert. Im Wesentlichen bezogen sich diese Bedenken darauf, dass befürchtet wurde, mit der Einführung von WoV müssten die Leistungserfassung, die Kostenstellenrechnung und Kontierung doppelt oder gar dreifach gemacht werden. Das war der Grund, weshalb ich heute Abend darauf hingewiesen habe, dass wir speziell darauf zu achten hätten, dass die Heime ein BSV-kompatibles Rechnungs- und Leistungserfassungs-System benötigen, damit diese Doppel- oder Dreispurigkeiten vermieden werden können."

Erwin Sutter (EDU) hat gehört, dass die Heime gezwungen sind, eine Qualitätssicherung einzuführen. "Ich finde dies gut. Viele Heime machen dies bereits oder sind an der Einführung. Wenn sie das machen, haben sie viele Elemente, welche WoV verlangt, bereits erfüllt. Ich finde Heime, welche ein Qualitätssicherungs-System haben, sehr gut geeignet für einen WoV-Betrieb."

Esther Bänziger (SP) betont, dass es ihr erstens nach wie vor wichtiger gewesen wäre, zu hören, zu wissen und zu erleben, wie der Stadtrat seine Ämter aufteilt, bzw. wie er zu mehr Kapazitäten kommt. Zweitens ist sie überzeugt, dass alles von den wirklich kompetenten Führungspersönlichkeiten abhängt. "Keine Struktur funktioniert ohne die Menschen."

Peter Neukomm (SP) möchte den Stadtrat beruhigen. "Ich habe dem SR nicht unterstellen wollen, er wolle Demokratie abbauen. Da hätten Sie mich falsch verstanden. Ich habe nur versucht, auf die Schwachstellen und Gefahren dieses Modells hinzuweisen und aufzuzeigen, dass bei meiner Abwägung die Schwachstellen und Gefahren den Nutzen überwiegen. Ich habe auch nie bestritten, dass die Übernahme von WoV-Elementen Sinn machen kann. Aber es macht keinen Sinn, flächendeckend alles hinter dieses Modell zu stellen. Die generelle Steuerungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes durch Output ist eine Illusion. Diese Illusion wird auch in diesem Rat einmal noch platzen. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Ich glaube nicht daran, dass man über Output alle diese Dienstleistungen steuern kann. Ich lasse Ihnen diesen Glauben. Wir werden vielleicht in ein paar Jahren sehen, ob wir da effektiv besser steuern können oder nicht."

Seiten 13 - 16 Keine Wortmeldungen

Die Ratspräsidentin stellt die Anhänge der Vorlage zur Diskussion:

- Teil 2 (graue Dokumentation) Ausführliche Informationen (Seiten 1 - 40) und
- Teil 3 (grüner Anhang)

Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

ANTRÄGE

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Anträge der SPK mit den Ergänzungen des Stadtrates, Ziffer 3.1 und 3.2.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 22. Januar 2002 zur "Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen, Grundsatzentscheid".

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen zu.

Peter Neukomm (SP) stellt im Namen der SP-Fraktion einen **Gegenantrag** zu Ziffer 2:

"Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Vorlagen zu unterbreiten zur Realisierung von Reformprojekten in städtischen Verwaltungsabteilungen mit Reformbedarf, insbesondere im Hinblick auf den vermehrten Einsatz von Leistungsaufträgen und Kostenrechnungen sowie unter Einbezug der Führungsstrukturen."

Stadtpräs. M. Wenger: "Ich bin verpflichtet, Sie nochmals zu bitten, dem stadträtlichen Antrag mit guter Mehrheit zu folgen, weil der Antrag von Peter Neukomm nicht sicherstellt, dass wir eine Möglichkeit haben, diese Stadt nach einheitlichen Kriterien bezüglich Kosten und Leistungen zu führen. Das ist ein wichtiger Punkt. Der Auftrag, den Peter Neukomm dem Stadtrat geben will, würde im Grunde heissen: "Alles zurück ins Gefängnis bzw. wir fangen die Reformarbeit von vorne an, wissen aber nicht in welchen Abteilungen und mit welchem Ziel. Aufgrund der vierjährigen Pilotphase ist das ein sehr problematischer Antrag."

Peter Neukomm (SP) präzisiert: "Dass Reformprojekte unter gleichen Bedingungen und Voraussetzungen durchgeführt werden und gleiche Standards eingehalten werden, ist eine Führungsaufgabe des Stadtrates und der Verwaltung. Das hat nichts mit WoV zu tun. Ich glaube nicht, dass der Antrag der SP-Fraktion wieder alles von vorne beginnen lässt. Wir wissen genau, wir haben jetzt Erkenntnisse aus dieser umfassenden Arbeit, die gemacht worden ist. Der Stadtrat hat zu analysieren, wo und in welchen Verwaltungsabteilungen Reformbedarf besteht. Es gibt solche Verwaltungsabteilungen. Es gibt aber auch Abteilungen, in denen kein Reformbedarf besteht. Daher kann man nicht alles über den gleichen Leist schlagen. Unser Antrag macht deshalb Sinn."

Peter Wullschleger (CVP) findet, dass wir in Wortklauberei machen. "Man kann problemlos bei der Formulierung des Stadtrates bleiben, ohne dass man sich etwas vergibt. Es wird nämlich unter Umständen im Rahmen dieser Detailvorlagen und der weiteren Arbeiten durchaus aufgezeigt werden, dass irgendwo vielleicht auch bei den Führungsstrukturen - ausgehend von Leistungsfeldern, die im Detail definiert werden - Änderungen notwendig werden. Wenn wir dem Antrag von Peter Neukomm zustimmen und diesen umsetzen würden, kann es nämlich sogar sein, dass man zum gleichen Ziel kommt, wie dies der Stadtrat von seiner Seite her auch anvisiert. Deshalb bin ich überzeugt, dass man sich nichts vergibt, wenn man den Anträgen, wie sie der Stadtrat formuliert hat, zustimmt."

Stadträtin Veronika Heller: "Ich möchte mich kurz fassen. Ich habe Ihnen verschiedentlich im WoV-Steuerungsausschuss und auch am letzten Dienstag gesagt, dass das System, welches NPM oder WoV heisst, welches der Stadtrat 1997 - damals noch ohne mich - beschlossen hat, längst nicht mehr das ist, was Sie jetzt an Vorlagen vor sich haben. Ich bin überzeugt, die Vorlagen, die Sie mit dem heutigen Grundsatzentscheid auslösen, im Laufe dieses Reformprozesses auch nicht mehr so aussehen werden, wie das, wovon wir heute ausgehen, weil wir es noch nicht besser wissen. Auf Grund der Piloterfahrungen, die sehr wertvoll waren, möchten wir auf diesem Weg weiter fahren. Deshalb bitte ich Sie auch, den Antrag des Stadtrates zu unterstützen."

Raphaël Rohner (FDP): "Nur eine Anmerkung, meine Damen und Herren: Frau Finanzreferentin hat weise gesprochen."

ABSTIMMUNG

über den Antrag 2 des Stadtrates versus den Antrag der SP Fraktion:

Der Gegenantrag der SP-Fraktion zu Ziffer 2

der stadträtlichen Vorlage über die Gesamteinführung von WOV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen (Grundsatzentscheid) vom 22.01.2002:
Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Vorlagen zu unterbreiten zur Realisierung von Reformprojekten in städtischen Verwaltungsabteilungen mit Reformbedarf, insbesondere im Hinblick auf den vermehrten Einsatz von Leistungsaufträgen und Kostenrechnungen sowie unter Einbezug der Führungsstrukturen

unterliegt in der Abstimmung der Fassung der SPK mit 14 : 30 Stimmen.

3. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Vorlagen zu unterbreiten für die Realisierung der Projekte
 - Wirkungsorientierte Verwaltungsführung
 - Parlamentsreform.

ABSTIMMUNG

Der GrSR stimmt diesem Antrag mit **29 : 0 Stimmen** zu.

- 3.1 *Der bisherige WoV-Steuerungsausschuss wird die Projekte begleiten.*

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

- 3.2 *Der Stadtrat informiert GPK und GrSR periodisch über den Projektfortschritt und darüber, welche Abteilungen mit welchem Detaillierungsgrad im folgenden Jahr für die Umstellung vorgesehen sind.*

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Übergangsregelung Pilotprojekt:
Das WoV-Pilotprojekt wird bis zur Ablösung durch die definitive Lösung im bisherigen Rahmen weitergeführt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Anträge der SPK - ergänzt mit den Anträgen 3.1 und 3.2 des Stadtrates - mit **33 : 4 Stimmen** gut.

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Es ist mir ein Anliegen, Ihnen zu danken. Trotz unterschiedlicher und klar vorgetragener Standpunkte haben wir diese wichtige Reformvorlage heute verabschieden können. Ich danke all jenen, welche dem Stadtrat das Vertrauen entgegen bringen und seine Überlegungen und Reformabsichten geteilt haben. Ich möchte aber auch den ZweiflerInnen und KritikerInnen attestieren, dass wir ihre Anregungen ernst nehmen werden, wenn die Detailvorlagen kommen.

Wir werden WoV nach den Bedürfnissen der Stadt einführen und nicht nach dem abstrakten Modell, welches einmal ins Leben gerufen wurde. Das kann ich Ihnen versichern. Das ist der feste Wille des Stadtrates. Wir werden uns auch bemühen, die Vorlage zur Parlamentsreform so zu bringen, dass Sie sie im Sinne der transparenten Mitarbeit und Gestaltung Ihrer eigenen Rechte jederzeit im Griff haben.

Die Frage nach dem Verbleib der Vorlage zur Pensenerhöhung des Stadtrates haben wir noch nicht beantwortet. Peter Neukomm und Esther Bänziger haben dies angesprochen. Der Stadtrat hat dieses Geschäft an einer a.o. Sitzung traktandiert. Wir wollen den Termin Ende September einhalten und Ihnen diese Vorlage noch vor den Herbstferien zustellen."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 MOTION Edgar Mittler (FDP) City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser

Edgar Mittler (FDP) Begründung *

"Familie Müller wohnt in einem schönen Einfamilienhaus in Dachsen. Der Vater arbeitet im Kader eines Industriebetriebes in Schaffhausen und treibt Ausgleichssport im neuen Eurofit am Rheinweg. Ab und zu geniesst er zusammen mit seiner Frau eine Vorstellung in unserem Stadttheater, und bei schlechtem Wetter besucht er mit den Kindern bisweilen das Museum Allerheiligen oder verbringt den Sonntagmorgen im Hallenbad auf der Breite. Die Mutter fährt den Sohn mit dem Zweitauto zum Klettertraining ins Mühlental und die Tochter ins Ballett an die Karstgasse.

Familie Müller - sie könnte auch anders heissen und im Klettgau oder auf dem Reiat wohnen - ist der Regelfall für die mobilen Menschen der heutigen Zeit. Sie wohnt in der Agglomeration und nutzt die Angebote der Stadt. Der Familienraum vom Wohneigentum im Grünen fördert die Zersiedelung der Landschaft, die Fahrten mit dem Auto zur Arbeit und für Freizeitaktivitäten in die Stadt verstopfen die Strassen und die Parkplätze, und der Einkauf in den grossen Einkaufszentren im Herblingertal oder in Feuerthalen schwächen den Detailhandel in unserer Innenstadt.

Die Steuern der Familie Müller schöpfen die Wohnortsgemeinde Dachsen und der steuergünstige Kanton Zürich ab. An der Finanzierung der Subventionen für das Theater, das Museum oder für die KSS hat die Familie keinen Anteil. Ihre Wohngemeinde, die dank der nahen Stadt weitgehend auf kostspielige Einrichtungen für Kultur und Sport, für Soziales und Verkehr verzichten kann, senkt ihre Steuern und zieht somit weitere ZuzügerInnen und potenzielle SteuerzahlerInnen, wenn möglich sogar aus der Stadt, an. Fazit: Müller's müssen bei praktisch gleichen staatlichen Leistungen jenseits der Kantonsgrenze wesentlich weniger Steuern bezahlen, als sie das in Schaffhausen müssten.

Und genau hier möchte ich mit meiner Motion eingreifen. Es ist eine Tatsache, dass Zürcher- und Thurgauer-Nachbargemeinden die volle Infrastruktur unserer Stadt benutzen, aber nichts oder nur marginal zu deren Finanzierung beitragen. Das gleiche gilt, allerdings in einer etwas abgeschwächten Form, für die übrigen

Gemeinden des Kantons Schaffhausen. Abgeschwächt deshalb, weil gewisse kulturelle Einrichtungen wie das Museum oder das Stadttheater über den Kanton in bescheidenem Masse unterstützt werden. Zentralörtliche Leistungen sollten aber in Form einer Abgeltung durch den Kanton ausgeglichen werden. Dies ist leider ein Dauerthema zwischen Stadt und Kanton. Bereits als ich Mitte der 80er Jahre als Finanzkontrolleur der Stadt Schaffhausen tätig war, beschäftigte ich mich in einer interdepartementalen Arbeitsgruppe mit dem Thema "Abgeltung der Zentrumsleistungen". Heute, bald 20 Jahre später, hat sich immer noch nichts Substanzielles bewegt. Wohl wird zur Zeit wieder über den Finanzausgleich diskutiert, und es ist eine Projektgruppe mit der Bearbeitung des Themas "Aufgabenteilung des Kantons" beschäftigt. Nur, mir fehlt der Glaube, dass in absehbarer Zeit eine befriedigende Lösung präsentiert wird.

Unsere Stadt leistet Zentrumsfunktionen weit über die Grenzen hinaus. Die Diessenhofer sind nicht Richtung Frauenfeld, sondern Richtung Schaffhausen orientiert, und die Zürcher-Weinländer bis ca. Marthalen sind nicht Richtung Winterthur, sondern ebenfalls Richtung Schaffhausen orientiert, selbst die deutschen Nachbargemeinden frequentieren sehr häufig unsere Stadt, vor allem das Stadttheater und die KSS. Schaffhausen ist eine Top-Stadt für Jung und Alt mit Ausstrahlung weit über die Grenzen. Nur, das hat seinen Preis:

Die Stadt Schaffhausen subventionierte gemäss Jahresrechnung im Jahre 2001:

die Stadtbibliothek mit	Fr. 1'422'000.--	(Kt. Beitrag: Fr. 165'000.--)
das Museum mit	Fr. 1'996'000.--	(Kt. Beitrag: Fr. 165'000.--)
das Museum Stemmler mit	Fr. 110'000.--	
das Stadttheater mit	Fr. 638'000.--	(Kt. Beitrag: Fr. 165'000.--)
das Internat. Bachfest mit	Fr. 130'000.--	(Kt. Beitrag: Fr. 25'000.--)
die KSS mit	Fr. 838'000.--	kein Kt. Beitrag!

Die Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser subventionieren also mit ihren Steuergeldern Kultur-, Sport- und Freizeitstätten in der Grössenordnung von 5,1 Mio Franken. Das ist ja per se nichts Schlechtes, im Gegenteil! Nur - hier stimmt die Opfersymmetrie nicht.

Mit der City-Card möchte ich erreichen, dass städtische Steuerzahler/innen inskünftig gegenüber auswärtigen Besuchern eine Vergünstigung resp. eine Art Einheimischen-Rabatt erhalten. Damit dies möglich wird, müssen aber vorgängig gewisse Grundsatzentscheidungen getroffen werden, wie z. Bsp., ob beim Museum ein Eintritt erhoben werden soll.

Das Museum zu Allerheiligen verzeichnete im Jahr 2001 rund 45'000 BesucherInnen, die, ausser für die Wechsausstellungen, keinen Eintritt bezahlten. Eintritte für Museen, Burgen, Schlösser und andere Sehenswürdigkeiten ist andern Orts durchaus normal. Viele BesucherInnen zeigen sich zwar erfreut, aber dennoch erstaunt ob dieser touristischen Grosszügigkeit. Durch den Umstand, dass in unserem Museum kein Eintritt verlangt wird, finden wir z. Bsp. im Raiffeisenbank-Museumspass, der den Bankkunden Gratiseintritt in 280 Museen in der ganzen Schweiz beschert, keine Aufnahme. Ebenfalls ausgeschlossen sind wir in der Bodensee-Erlebniskarte. Gegen einen Pauschalpreis von 50 Euro für drei Tage sind über 150 Erlebnisziele angeschlossen und garantieren Gratiseintritte bei über 70

Museen in der "Regio Bodensee" sowie freie Fahrt bei zahlreichen Bergbahnen und Bodensee-Kursschiffen. 50 % der üblicherweise verlangten Eintrittspreise werden an die touristischen Anbieter, in unserem Fall wäre dies das Museum Allerheiligen, von der Bodensee-Tourismus zurück erstattet. Fazit: Aufgrund unserer Grosszügigkeit bleiben uns nicht nur Einnahmequellen, sondern auch wichtige Marketingkanäle verschlossen. Der Spruch: "Was nichts kostet, ist nichts wert" kommt nicht von ungefähr."

Uebrigens, ein ähnliches Projekt, wie die Einführung eines Erlebnispasses, wird auch von den schweizerischen Carunternehmen geprüft. Nur, damit man Aufnahme in diesen Pass findet, braucht es auch hier wieder Eintrittspreise. Wenn aber gar kein Eintritt verlangt wird, wird man nicht in diesem Carpass aufgenommen und natürlich auch nicht angefahren resp. besucht.

Das kleine Museum "Lindwurm" in Stein am Rhein, das im letzten Jahr zum ersten Mal in der Bodensee-Erlebniskarte aufgeführt war, erzielte gegenüber dem Vorjahr rund 2000 Eintritte mehr oder zusätzliche 5'000 Franken Eintrittsgelder. Herr Scherrer, der Verwalter des Museums "Lindwurm", ist überzeugt, dass die Stadt Schaffhausen auch profitieren würde, wenn sie hier mitmachen würde.

Gemäss Geschäftsbericht der Stadtrates besuchten im letzten Jahr 9400 Personen von Schulen oder Gruppen das Museum, davon waren 27,7 % aus der Stadt Schaffhausen, 12,6 % aus dem Kanton, 50,5 % aus der übrigen Schweiz und 9,2 % aus dem Ausland. Wenn wir diese prozentuale Aufteilung in etwa auf die übrigen BesucherInnen umschlagen, so kommt also von den 45'000 BesucherInnen gerade mal ein Drittel aus unserer Stadt oder mit anderen Worten, die Stadtschaffhauser und Stadtschaffhauserinnen finanzieren mit ihren Steuerfranken ein jährliches Defizit im Museum von gegen 2 Mio Franken, das jedoch zu 2/3 von auswärtigen Besucherinnen und Besuchern frequentiert wird.

Wenn wir also von einem bescheidenen Eintritt von z. Bsp. Fr. 5.-- und von 30'000 Besuchern (das sind 2/3 von total 45'000 Besuchern im Jahre 2001) ausgehen, sowie dank der Aufnahme des Museums zu Allerheiligen in den Raiffeisen-Museumspass und die Bodensee-Erlebniskarte mit zusätzlich mindestens 5'000 Besuchern rechnen können, **hätte dies Einnahmen von rund 160'000 Franken zur Folge**, auf die wir heute grosszügig verzichten. Selbstverständlich hätten die StadtschaffhauserInnen mit der City-Card nach wie vor freien Eintritt.

Etwas besser ist das Verhältnis zwischen Stadtschaffhauser/innen und Auswärtige bei der Stadtbibliothek. Von den 20'851 Benutzerinnen und Benutzern im Jahr 2001 hatten 53,7 % ihren Wohnsitz in der Stadt Schaffhausen, 28,4 % im Kanton SH, 13,4 % in der übrigen Schweiz und 4,5 % in Deutschland. Wenn wir hier von einer Benutzungsgebühr von Fr. 2.-- pro Ausleihung ausgehen und als Basis 350'000 Ausleihungen nehmen, davon rund die Hälfte Auswärtige, **ergäbe dies Einnahmen von rund Fr. 350'000.--**. Dieser Betrag mag etwas hoch sein und müsste sicher im Detail überprüft werden, aber er zeigt doch die Richtung an, die wir im Interesse unserer StadteinwohnerInnen, die selbstverständlich die Bücher mit der City-Card gratis ausleihen können, einschlagen sollten.

Wie ich vom Munotvater, Herr Kurt Baader, gehört habe, wäre der Munotverein sehr daran interessiert, für den Besuch des Munots einen Eintritt zu verlangen.

Zur Zeit bestehen dort Pläne, die Munotzinne zu attraktivieren und der Munotverein wäre auch bereit, entsprechend zu investieren. Die zahlreichen Touristen und die carweise herbeigeführten Gruppen und Schulen schätzen natürlich den freien Eintritt sehr, und der Munotwächter hat dann die schöne Aufgabe, leere Flaschen, Büchsen, Papier, Speiseresten usw. zusammen zu räumen und die ebenfalls gratis zur Verfügung gestellten WC-Anlagen ein paar Mal im Tage zu reinigen. Diese werden nämlich inzwischen auch von Kindern und Eltern des benachbarten Kinderspielplatzes benützt, nachdem die Stadt bei den dortigen öffentlichen WC-Anlagen 50 Rappen Benützungsgebühr verlangt! Selbstverständlich gälte auch auf dem Munot: Gratiseintritt mit der City-Card!

Der erste Grundsatzentscheid wäre also: Einführung einer Eintrittsgebühr für Einrichtungen wie z. Bsp. Museum und Munot, die heute von allen gratis benützt werden können sowie Einführung einer Benutzergebühr für Bücherausleihungen.

Es gibt aber auch Einrichtungen in unserer Stadt, die Eintritt kosten, aber auch hier gilt der Grundsatz: "Alle profitieren, einer zahlt". Das Stadttheater Schaffhausen, welches übrigens das Betriebsdefizit von Fr. 814'000.-- im Jahre 1999 auf Fr. 637'000.-- im Jahre 2001, also um höchst erfreuliche 21,8 % senken konnte, zählte in der letzten Theatersaison rund 38'000 BesucherInnen. Davon hatten 31 % ihren Wohnsitz in der Stadt Schaffhausen, 26 % im Kanton SH, 27 % in der übrigen Schweiz und 16 % vor allem im süddeutschen Raum. Auch hier die Rechnung: Wenn für auswärtige Besucher ein Zuschlag von z. Bsp. 3 Fr. erhoben würde, **ergäbe dies Mehreinnahmen im Stadttheater von rund 80'000.-- Franken.**

Letzlich komme ich zu der KSS, wo meiner Meinung nach sofort gehandelt werden sollte, und wo die beiden KSS-Verwaltungskommissionsmitglieder Herbert Distel und Edgar Zehnder der VK einen Antrag zur Prüfung der Einführung eines Auswärtigentarifs eingereicht haben. Die KSS ist bekanntlich eine selbständige Genossenschaft, die autonom entscheiden kann. Allerdings wird das jährliche Defizit in der Grössenordnung von rund Fr. 800'000.-- dieses - das möchte ich hier ausdrücklich festhalten - gut und innovativ geführten Betriebes, durch die Stadt Schaffhausen gedeckt. Hier verfolge ich mit der Einführung der City-Card zwei Ziele: Erstens einen Kostenbeitrag durch die auswärtigen Gäste und zweitens wieder mehr Platz im Hallenbad für uns Einheimische. Wenn ich im Jahresbericht der KSS lese, dass die Kapazität mit total 208'000 Eintritten oder durchschnittlich 863 Menschen pro Tag, in den Wintermonaten sogar bis 1000 Personen, ausgeschöpft ist, und ich davon ausgehen muss, dass ein erheblicher Anteil der BesucherInnen - genaue Zahlen sind leider nicht bekannt - nicht aus der Stadt Schaffhausen kommt, könnten durch eine Erhöhung der Eintrittspreise für Auswärtige die beiden Ziele, Kostenbeitrag und mehr Platz im Hallenbad erreicht werden. Ich bin denn auch überzeugt, dass sich die Verwaltungskommission diesem Thema mit aller Sorgfalt annehmen wird. Uebrigens, sogenannte Einheimischentarife gibt es bereits in verschiedenen Badeanstalten im Kt. Schaffhausen, wie z. Bsp. in Beringen oder in Thayngen.

Der zweite Grundsatzentscheid wäre also: Erhöhung der Eintrittsgebühren für Auswärtige, die Einrichtungen beanspruchen, für die bereits heute Eintritt verlangt wird.

Mit dem Thema City-Card oder Einwohnerpass beschäftigen sich zur Zeit verschiedenste Einrichtungen in der Schweiz und auch in anderen Ländern, und zwar für mannigfaltige Verwendungszwecke; z. Bsp. Anwendung der City-Card auch in anderen Städten, d.h. städteübergreifend verwendbar oder Anwendung für vergünstigten Einkauf im Detailhandel und Gewerbe. In der Stadt Köln wird z.B. ein Projekt "Virtuelles Rathaus" bearbeitet. Mittels einer multifunktionalen City-Card sollen eine neue Qualität von Organisationsgestaltung in den Verwaltungsprozessen und neue Methoden der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung realisiert werden. Oder einfacher gesagt, mit einer City-Card soll der Bürger die Möglichkeit erhalten, gewisse Dienstleistungen für Vorgänge, die keiner persönlichen Beratung und keiner Ermessenentscheidung bedürfen, wie z. Bsp. An-, Um- oder Abmeldung oder Anmelden eines Fahrzeuges, mit der multifunktionalen City-Chip-Card zuhause am Computer in Anspruch zu nehmen.

Mit diesem Beispiel wollte ich Ihnen demonstrieren, dass die Einführung einer City-Card in Schaffhausen nicht etwas Revolutionäres wäre, sondern ein probates Mittel, den städtischen Steuerzahlerinnen und -zahlern nur diejenigen Leistungen zu belasten, die sie auch tatsächlich benutzen.

Wenn Sie also mehr Gerechtigkeit wünschen und für die Stadt Schaffhausen zusätzliche Einnahmen zwischen Fr. 500'000.-- und Fr. 600'000.-- generieren wollen, müsste **der dritte Grundsatzentscheid getroffen werden, und der heisst, Einführung einer City-Card auf den nächst möglichen Termin.**

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Stadtpräsident Marcel Wenger Antwort des Stadtrates *

"Die Motion von Grossstadtrat Edgar Mittler zur Einführung einer Einwohnerkarte für die Vergünstigung bei der Benutzung von Schaffhauser Kultur- und Sportstätten ist eine von verschiedenen Lösungsmöglichkeiten bei der Frage nach der Abgeltung von Zentrumsleistungen. Erbringen Städte zentralörtliche Leistungen, die über das Gemeindegebiet hinaus Wirkung entfalten, so spricht man in der Fachsprache von sog. "spillovers". Dies sind Leistungen, welche nicht kostendeckend auch für einen Kundenkreis erbracht werden, der sich nicht nur aus den Steuerzahlenden der erbringenden Gemeinde zusammensetzt, sondern auch von Leistungsempfängern genutzt wird, welche steuerlich nichts zur Verringerung des Defizits des Leistungserbringers beitragen. Insbesondere Kernstädte erbringen solche Leistungen, wenn sie aufgrund ihrer Funktion in der Region als Wirtschafts- und Verwaltungszentrum und als Verkehrsknotenpunkt mit hoher Nutzungsdichte beim Wohnraum funktionieren. Für die Kantonshauptstadt Schaffhausen ist es offensichtlich, dass sie als mittleres Zentrum der Nordostschweiz in der Region Singen – Stühlingen – Eglisau – Andelfingen – Stammatal – Stein am Rhein ein besonderes Gewicht mit ihren Zentrumsleistungen hat.

Legt man den Raster zur Erkennung der sogenannten A-Städte über die Schaffhauser Realität, wird klar, dass die Dichte an älteren Personen, Armen, Arbeitslosen, Ausgesteuerten, Ausländern und Abhängigen relativ hoch ist. Über 70 Prozent der Sozialhilfekosten im Kanton Schaffhausen fallen in der Stadt an. Die ausländische Wohnbevölkerung hat in verschiedenen Quartieren den Durchschnittswert von 25 Prozent über die ganze Stadt um ein Vielfaches übertroffen. Konzentrationen im Birch, an der unteren Hochstrasse, der

Hautentalstrasse oder auch im Niklausen machen sich bemerkbar. Die Integrationskosten und die Kosten für die Schulausbildung in mehrsprachigen Klassen steigen.

Schaffhausen ist mit dieser Entwicklung nicht allein. Viele mittlere und auch kleine Agglomerationen der Schweiz sind in unterschiedlichem Mass von funktionaler und sozialer Entmischung betroffen. Die Szenarien sind immer dieselben: Zunahme des privaten Pendlerverkehrs mit dem Auto in die Stadt, Beeinträchtigung der Umweltqualität in den betroffenen Stadtquartieren, überholte Wohnbaustrukturen aus den 60iger Jahren werden verlassen, gute SteuerzahlerInnen ziehen in steuergünstigere Vorortsgemeinden, die erst noch ruhiger und weniger problembeladen sind. Der Anteil fremdsprachiger Kinder nimmt an einzelnen Schulen stark zu, die sozialen Probleme ballen sich, die Finanzlage der Städte wird immer schwieriger.

Lösungsansätze

Zur Finanzierung von Zentrumslasten stehen nach Ausschöpfung direkter Finanzierungsquellen der Städte (Tarife, Taxen, Gebühren) folgende Möglichkeiten im Vordergrund:

1. Anpassung der Aufgabenverteilung

Die Anpassung der Aufgabenverteilung auf eine nächst höhere Staatsebene oder auf einen Gemeindeverband ist einer der möglichen Auswege aus der Überbelastung der Städte. Dazu hat der Kanton Schaffhausen nach einem ersten erfolglosen Anlauf 1999 in diesem Jahr ein in verschiedene Teilprojekte fragmentiertes Reorganisationsprojekt ausgelöst. Die Stadt Schaffhausen arbeitet in diesem Projekt unter Federführung des Volkswirtschaftsdirektors zusammen mit VertreterInnen der Gemeinden und des Kantons sowie Fachleuten in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit, Struktur- und Verwaltungsreform, Vollzugsaufgaben und Finanzströme/Finanzausgleich. Ein weiteres Projekt gemäss dem Agglomerationsprogramm des Bundes soll unter Federführung des Baudepartementes und VertreterInnen von Kanton, Stadt und Agglomeration bis über die Landesgrenze hinaus aufgestartet werden. Im Rahmen dieser Projekte soll der Umfang der von der Stadt erbrachten Zentrumsleistungen ermittelt, gegen den Zentrumsnutzen aufgerechnet und mit den Strukturlasten, das heisst der besonderen Situation des Kantons Schaffhausen als kleiner Grenzkanton verrechnet werden. Wenn dabei etwas übrigbleibt, dürfte dies der Umfang der zu erstattenden Zentrumslasten sein. Die Ermittlungen dazu werden parallel zum Projektfortschritt bei der Aufgabenteilung im Jahre 2003 erfolgen. Die Aufträge für die Ermittlung der Zentrumslasten werden Ende dieses Jahres - vorausgesetzt, dass die Budgets bewilligt werden - erteilt werden können.

2. Finanzielle Abgeltung durch den Kanton statt neue Aufgabenteilung

Hier werden die Sonderlasten teilweise durch den Kanton entschädigt. Dies kann zweckgebunden oder pauschal erfolgen. Von den Experten werden heute zweckfreie Beiträge empfohlen, weil die wirtschaftliche Leistungserbringung dadurch gefördert und die Gemeindeautonomie gestärkt wird

3. Die nutzniessenden Gemeinden bezahlen

Hier finanzieren die von den "spillovers" profitierenden Gemeinden zusammen mit der Stadt die Aufgabe gemeinsam. Diese Verbundlösungen können sinnvoll bei einem überblickbaren Kreis betroffener Gemeinden angewendet werden. Es wird sofort schwierig, dies ohne kantonales Agglomerationsgesetz auf freiwilliger Basis umzusetzen. Fragen der Mitsprache sowie Fragen der Budget-Hoheit und -verlässlichkeit stellen sich immer wieder. Für Schaffhausen stellt sich die besondere Problematik der Zürcher Nachbargemeinden, die einem anderen Kanton unterstehen und auch der deutschen Nachbarschaft.

4. Verbesserung der Kostendeckung durch verursachergerechte Finanzierung

Dabei wird unmittelbar an die von der Stadt erbrachte Leistung angeknüpft. Aufgrund der Benutzerstruktur einer öffentlichen Leistung werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bevorzugt behandelt. Sie zahlen schliesslich auch mit ihren Steuerfranken das Defizit der Gesamtleistung. Andere Benutzerkreise zahlen mehr als die Einheimischen, was zum Ausgleich oder zur Minderung des Defizits beitragen kann. Diese Form der Finanzierung von Zentrumsleistungen funktioniert indessen nur, wenn die Inanspruchnahme von Infrastrukturanlagen, Dienstleistungen und Verkehrsträgern personalisiert werden kann. Durch die Schaffung einer sog. City-Card wäre eine Personalisierung möglich. Kontrolle und Schaffung zusätzlicher Anreize zum Kauf einer solchen Karte durch nicht in der Stadt wohnhafte LeistungsempfängerInnen sind möglich. Ebenso ist der Einbezug ganzer Gemeinden möglich, die ihren EinwohnerInnen zu vergünstigten Dienstleistungen in der Stadt verhelfen wollen. In der Regel ungeeignet ist die City-Card zur Abgeltung von Zentrumsleistungen bei gesetzlich anfallenden Leistungen, z.B. bei SozialhilfeempfängerInnen. Die Abschiebung von SozialhilfeempfängerInnen aus der Agglomeration in die Stadt ist klarerweise durch den Kanton auf öffentlich-rechtlichem Wege zu lösen (Revision des Sozialhilfegesetzes). Auch die "spillovers" aus grenzüberschreitenden Umweltbelastungen, dem Privatverkehr und anderen, nicht marktmässigen Leistungen können über die City-Card kaum wirkungsvoll abgegolten werden. Somit ist klar, dass der Einsatz einer Einwohnerkarte zwar zur Kostenverminderung bei einigen zentral-örtlichen Leistungen führt, aber nicht zur vollständigen Lösung des Problems der Abgeltung. So ist es beispielsweise undenkbar, AutofahrerInnen aus umliegenden Gemeinden wegen der Beeinträchtigung der Lebensqualität in Durchfahrtsquartieren zur Kasse zu bitten. Dies hätte bestenfalls auf öffentlich-rechtlichem Wege durch die Einführung eines Agglomerationsrappens des Bundes an die Aufwendungen der Kernstädte eine gewisse Aussicht auf Erfolg. Auch die bisherigen Bundessubventionen an den Strassenbau, welche projektgebunden bisher aus der Verkehrstrennungsverordnung ausgeschüttet wurden, hat der Bundesrat mittlerweile sistiert. Der neue Finanzausgleich postuliert einen generellen Rückzug des Bundes aus Projektsubventionen, was letztlich zu einer vermehrten Belastung der Gemeinden und Städte führt, wenn das Geld auf der kantonalen Ebene "versickert" oder zu versickern droht.

Abgeltungsrelevante Zentrumslasten

Bereits im Frühjahr 1998 hat der Stadtrat in einem Schreiben an den Regierungsrat zum Bericht der Arbeitsgruppe Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden Stellung

genommen. Er hat damals als abgeltungsrelevante Zentrumslasten ohne Sozial- und Verkehrslasten allein aus dem Kultur-, Bäder-, Freizeit- und Musikschulbereich Bruttozentrumslasten von 6,4 Mio Franken ermittelt. Die im Rahmen des neu aufgestarteten Projekts Aufgabenteilung vorzunehmende Ermittlung der zentrumsspezifischen Lasten aus dem Sozial-, Verkehrs-, Schul- und Alterspflegebereich dürfte weitere namhafte Beträge ausmachen. Im Rahmen der heutigen Stellungnahme wäre ein Vorgreifen auf die 2003 geplante Untersuchung nicht sinnvoll. Allein die 1998 ermittelten Zahlen zeigen aber, dass die Frage der Zentrumslasten für Stadt und Kanton existenziell ist.

Vorgehensvorschlag des Stadtrates

Die Motion von Grossstadtrat Edgar Mittler zielt in die richtige Richtung. Allerdings verlangt sie, dem Grossen Stadtrat bereits bis Ende Juni 2003 Bericht und Antrag betreffend die Einführung einer City-Card zu erstatten. Aufgrund des Projektstandes sowohl beim neuen Finanzausgleich NFA des Bundes wie auch beim Reformprojekt Aufgabenteilung kann der Stadtrat jedoch frühestens Ende 2003 Aussagen über den Umfang der Zentrumslasten und ihre Verteilung auf die einzelnen Sachgebiete der städtischen Leistungen machen. Bis dann dürfte auch erkennbar sein, ob und in welchem Ausmass der politische Wille im Kanton Schaffhausen vorhanden ist, überhaupt öffentlich-rechtlich an Zentrumsleistungen der Stadt beizutragen.

Würde die Motion Mittler zum heutigen Zeitpunkt mit unverändertem Text überwiesen, könnte man sich bei unseren Freunden des Kantons auf den Standpunkt stellen, die Stadt würde das Problem der Zentrumslasten jetzt autonom lösen, weshalb die weitere Verfolgung des öffentlich-rechtlichen Weges nicht mehr dringlich sei. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre ist es durchaus wahrscheinlich, dass einzelne Adressaten für die Entschädigung von Zentrumslasten diese Haltung einnehmen könnten oder werden.

Indessen könnte die Überweisung eines Vorstosses mit weiter gefasster Zielsetzung dem Stadtrat in den Verhandlungen mit Kanton und Gemeinden im Rahmen des Projekts Aufgabenteilung den Rücken stärken. Bei unbefriedigender Entwicklung des Reformvorhabens könnte die Einführung einer City-Card zumindest als Rückfallposition mit bereits erteiltem parlamentarischem Auftrag der längst fälligen Besserstellung der Stadt hilfreich sein. Die Motion Mittler wurde zu einem Zeitpunkt verfasst, als der Umfang des Projekts Aufgabenteilung noch nicht detailliert erkennbar war. Deshalb sollte die Auftragserteilung an den Stadtrat auf die mittlerweile angelaufene Reform und die Diskussion mit den Gemeinden und dem Kanton Rücksicht nehmen.

Der Stadtrat schlägt dem Motionär deshalb vor, seinen Vorstosstext wie folgt zu ändern:

'Der Stadtrat wird beauftragt, die Einführung einer City-Card zur vergünstigten Benützung von Schaffhauser Kultur-, Sport- und Freizeitstätten für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser zu prüfen und unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Projekts Aufgabenteilung des Kantons dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu unterbreiten.'

Der Stadtrat verspricht sich von der Überweisung der veränderten Motion Mittler Unterstützung in seinen Bemühungen um die Erfassung und teilweise Abgeltung der Zentrumslasten der Stadt Schaffhausen. Er bittet den Grossen Stadtrat, die Motion - wenn der Motionär dem zustimmt - in ihrer abgeänderten Form möglichst geschlossen erheblich zu erklären. Jeder andere Ausgang der Diskussion um die Abgeltung von Zentrumsleistungen in der Stadt würde dem Anliegen wahrscheinlich in der Auseinandersetzung mit dem Kanton und den Gemeinden wenig förderlich sein. Wir brauchen hier eine geschlossene Willensbildung hier im Grossen Stadtrat."

Peter Käppler (SP) Fraktionserklärung *

"Die "Super member cumulus shopping bonuskarte" haben ja viele von uns bereits im Portemonnaie, haben wir da noch Platz für eine City-Card? Diese eher banale Frage müssten wir uns stellen, wenn die Motion von Grossstadtrat Mittler überwiesen würde.

Gewichtiger ist aber die Grundsatzfrage, welche die Motionärinnen und Motionäre mit ihrer Forderung in die Diskussion bringen. Dass diese einer gewissen Brisanz nicht entbehrt, wissen wir natürlich alle.

Vorab kann ich Ihnen mitteilen, dass diese Forderung bei uns viele Sympathien ausgelöst hat und auch zu intensiven Diskussionen führte.

Die Idee einer City-Card ist ja auch nicht ganz neu, sie wurde doch schon verschiedentlich an interfraktionellen Stammtischen andiskutiert. Wir haben Verständnis dafür, dass diese Forderung eingereicht wurde, liegt der Auslöser doch sicher in der Ungeduld gegenüber den kantonalen Behörden begründet. Die schon lange auf dem Tisch liegende Forderung nach einer finanziellen Entlastung unserer Stadt für die zugunsten des Kantons und der Nachbargemeinden erbrachten Leistungen, kommt einfach nicht vom Fleck. Für die von diesem Rat 1995 erheblich erklärte Motion von Bruno Merlo, welche diese Entlastung fordert, musste dem Stadtrat schon mehrmals Fristverlängerung gewährt werden.

Unter der neuen Leitung des Volkswirtschaftsdepartementes werden diese Anliegen ernsthafter angegangen. Es besteht also eine gewisse Hoffnung, dass sich endlich etwas bewegt. Nun, allzu grosse Hoffnungen durfte sich nicht mehr machen, wer sich die Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrates zur Neuregelung des Finanzausgleich-Dekretes vom Februar dieses Jahres zu Gemüte führte. Pflasterlipolitik statt eine grundsätzliche Neuordnung wurde vorgelegt: Elementare Leistungen der Stadt für die Region, wie auch die soziodemographischen Lasten flossen nicht ein.

Es ist klar, dass dieses Ergebnis für die Stadt inakzeptabel ist, und wir uns mit allen Mitteln dafür einsetzen müssen, dass der Kanton auf unsere berechtigten Forderungen eingeht.

Ich bin froh darüber, dass wir uns in diesen Bereichen interfraktionell einig sind - mindestens im Stadtparlament. Ich wäre froh, wenn es auch im Kantonsparlament funktionieren würde, dass die städtische und die Neuhauser Vertretung diese Einigkeit in der Forderung haben. Die Einigkeit bezüglich Vorgehen ist wieder eine andere Sache.

Die Frage stellt sich uns nun, welches der geeignete Weg ist, dieses Ziel zu erreichen.

Die mit der Motion geforderte Einführung eines so genannten Einheimischen-Tarifes, wie er auch in Berggebieten bekannt ist, wäre für die SP Fraktion nur dann eine Lösung, wenn alle Stricke am Verhandlungstisch reissen.

Die vorgeschlagene Lösung mit der City-Card würde zur Folge haben, dass die heute bestehenden Tarife für die StadtschaffhauserInnen nicht erhöht würden. Die Tarife für Auswärtige würden erhöht.

Ein anderer Punkt ist - wie wir von Herrn Mittler gehört haben - die mögliche Erhebung von Eintrittspreisen an Orten in der Stadt, wo bis heute keine verlangt werden. Das erachten wir gerade bei kulturellen Einrichtungen als problematisch - ich denke gerade an die Stadtbibliothek und ans Museum -, weil damit die Eintrittsschwelle erhöht wird. Es ist nicht so, dass dann gleich viele Leute ins Museum gehen, es werden weniger dorthin gehen. Ob dies im Sinne unserer Bildungspolitik wünschbar ist, müssen wir uns wirklich fragen. Dazu kommt, dass man mit der City-Card und den möglichen Mehreinnahmen allein die finanziellen Probleme nicht lösen kann. Es wird uns kaum das Geld einbringen, das wir von einem guten Finanz- und Ressourcenausgleich erwarten. Der Finanz- und Ressourcenausgleich würde weiter greifen, weil darin auch Institutionen und Leistungen erfasst werden, welche nicht über die City-Card abgedeckt werden können (Stichworte VBSH, Tasch).

Es stellt sich also die Frage: Soll die City-Card als Druckmittel verwendet werden, damit auf unsere berechtigten Forderungen eingegangen wird? Obwohl die regierungsrätlichen Vorschläge wie bereits erwähnt für unsere Fraktion gänzlich unbefriedigend sind, besteht momentan noch Hoffnung auf eine Lösung am Verhandlungstisch. Dazu beigetragen hat auch die exzellente Vernehmlassungs-Antwort unseres Stadtrates, welche den Fraktionen bekannt ist, und die Verhandlung für einen Finanz- und Lastenausgleich neu initiiert hat.

Unsere Fraktion befürchtet, dass die Überweisung dieser Motion Türen zuschlagen statt öffnen würde. Die Forderung würde in weiten Kreisen des Kantons kaum verstanden und könnte sich als Bumerang bei den laufenden Verhandlungen erweisen." Ebenso befürchtet der Votant, dass sich diese Motion bzw. die City-Card weiter negativ auswirken würde, so zum Beispiel, wenn die Stadt künftig die Zustimmung der Gemeinden bei regionalen Projekten benötigt - Stichwort: neues Buszentrum.

"Wir sind darum der Meinung, dass es sinnvoller ist, die City-Card momentan noch in der Schatulle zu lassen und auf ein gutes Verhandlungsergebnis zu hoffen. Die SP Fraktion empfiehlt Ihnen darum - ganz unüblich - die Umwandlung in eine Interpellation. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir, sollten die Ergebnisse aus dem Regierungsgebäude nicht zufriedenstellend sein, keinen Augenblick zögern werden, mit Ihnen zusammen Massnahmen zu ergreifen.

Die SP Fraktion empfiehlt dem Motionär daher aus taktischen Gründen, die Motion in eine Interpellation umzuwandeln."

Kurt Zubler (SP) Votum *

"Leider kann ich mich der Ansicht meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen erneut nicht anschliessen. Der Einführung eines städtischen Rabattkärtchens kann ich keinerlei Sympathie entgegenbringen. Auch nicht, wenn Edi Mittler das Unding modernerweise anglifiziert und uns als schicke City-Card verkaufen will - eine Einwohnerkarte wäre im offensichtlich doch zu bieder.

Im Gegenteil ist mir die Idee der City-Card zutiefst zuwider, denn sie atmet den Geist von Krämerei und provinzieller Rappenspalterei. Sie führt uns zurück ins mittelalterliche Zollwesen, wo jeder für jedes Wegstück eine Abgabe verlangt. Beim Anhören des Beispiels von Edi Mittler mit der Familie Müller von ennet dem Rhein hat mich das Grauen befallen.

Natürlich weiss ich, dass in den Bergtälern die Einheimischen von vergünstigten Transporttarifen profitieren, und dass Thayngen, Dachsen und meinetwegen auch Beringen dasselbe für ihre Badeanstalten eingeführt haben. Aber ich frage Sie, wollen Sie sich am Berner Oberland orientieren, sich an Thayngen oder Dachsen ausrichten? Nein danke. Wir sind eine Stadt und sollten das Urbane, die kulturelle Ausstrahlung und unser städtisches Leben, zu dem auch Grosszügigkeit gehört, pflegen. Deshalb schaue ich doch lieber nach Zürich oder Paris. Die Stadt Paris hat beispielsweise im letzten Jahr in sämtlichen städtischen Museen den Eintritt abgeschafft, und zwar für Auswärtige - oder sagen wir doch besser für Gäste - ebenso wie für Einheimische.

Vor allem aber ist diese Stadtkärtli-Idee nicht zu Ende gedacht. Was denken Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird denn geschehen, wenn das Beispiel Schule macht? Es wird gehen, wie mit der Erbschaftssteuer: über kurz oder lang wird jedes Gemeinwesen unter Druck geraten und solch ein Unding einführen. Wir bräuchten dann ein Kärtchen für den Kanton und für die Stadt, schliesslich gibt es ja auch Sachen, die vom Kanton unterstützt werden, und wir wollen ja sicher nicht, dass wir dann wieder schwäbische Dialekte hören, die uns verraten, dass hier Fremde zu billig zur Sache kommen. Die Siblinger werden dann eine Maut auf den Siblinger Randen verlangen und so weiter und so fort.

Die Idee fusst in einem altertümlichen Weltbild: Im Zentrum stehen wir, steht die Stadt Schaffhausen, und um diese dreht sich die Welt. Wer also in dieses Zentrum kommen will, soll wissen, dass dies seinen Wert hat. Vermutlich möchte Edi Mittler die Rabattkarte auch als Faktor für die Standortqualität verstanden haben. Wer zu uns kommt, ist "öpper" und bekommt dafür ein Kärtli, und mit diesem Kärtli darf er dieses und jenes günstiger als die anderen. Und wenn die Neuzuzüger über die eigene Nasenspitze hinaus interessiert sind, könnten sie schnell Pech haben. Wenn nämlich wie gesagt die "bösen Zürcher", ennet dem Rhein, plötzlich auch der Meinung sind, sie würden vom fremden Rest der Schweiz verkonsumiert, dann werden sie nämlich für den Eintritt in den Zoo zum Beispiel oder für die Benützung des Trams oder für den Besuch eines Museums, eines Theaters oder Konzertes Auswärtigen-Preise bezahlen müssen. Und unsere in Zürich Studierenden werden für jedes Buch, das sie ausleihen, 2 Franken bezahlen müssen - die Züricher nicht. Aber wir haben ja sowieso grosszügige Stipendien Stellen Sie sich vor, Sie möchten wohlhabende Leute aus der Agglomeration Zürich nach Schaffhausen locken, welche die Angebote Zürichs schätzen und nutzen, wie die sich über solches freuen würden, wenn sie zukünftig in Zürich Auswärtigen-Tarife bezahlen müssten.

Aber äxgüsi, ich habe ja ganz vergessen, wir messen uns ja mit Dachsen und Thayngen. Liebe Ratsmitglieder, ich bitte Sie aus tiefstem Herzen, werfen Sie diese Motion und verschonen Sie uns und die Nachwelt vor weiteren "Supercumulüssen". Oder noch besser: Edi Mittler geh in Dich, denke an die weltoffenen, liberalen Vorgänger in Deiner eigenen Partei, erinnere Dich daran, wie sie sich für Bildung, Kultur und Sport in unserer Stadt eingesetzt haben - stolz und selbstbewusst, jenseits von Kleinkrämerei. Ich bitte Dich, ziehe Deine Motion ohne wenn und aber zurück."

Edgar Zehnder (SVP) Votum

"Der Stadtrat und Peter Kämpfer haben mehrfach auf die Aufgabenteilung und den Finanzausgleich verwiesen. Ich darf hier kurz erwähnen, dass nicht nur bei der Kehrichtsack-Gebühr, sondern auch bei anderen Sachen das Wort Benutzer- und Verursachergerechtigkeit angetönt werden darf. Es ist nicht möglich, durch den Finanzausgleich solche Sachen wirklich auszugleichen, weil diese Werte an der Quelle erfasst werden müssen und nicht pauschal abgegolten werden können."

Der Votant begreift den Stadtrat nicht, weshalb dieser "Angst" hat vor der Einführung der City-Card, dass er befürchtet, dass seitens des Kanton oder der Gemeinden die "Retourkutsche" gefahren werden könnte.

"Ich bitte den Stadtrat, dass er den Finanzausgleich trotzdem vorwärts treibt, obschon ich davon ausgehe, dass die meisten kleinen Gemeinden finanziell schlecht gebettet sind und von diesen kaum Geld an die Stadt überwiesen wird. Dieser Prozess wird ohnehin Jahre dauern. Wir wollen jedoch kurzfristig etwas erreichen, was Hand und Fuss hat.

Die Voten von der linken Seite von vorhin erinnern mich weniger an alte Zölle, sondern eher an den alten Pestalozzi hier in Schaffhausen."

Stadtpräs. M. Wenger

"Ich danke für die Diskussion, die das ganze Spektrum der Meinungen korrekt wiedergegeben hat. Der Stadtrat kommt zu der Ihnen geschilderten Haltung und zu dem Ihnen unterbreiteten Vorschlag, weil er die Risiken der politischen Überbewertung einer unveränderten Motion Mittler erkennt. Wir wollen mit der Änderung des Motionstextes erreichen, dass wir richtig verstanden werden. Wir wollen in erster Linie eine saubere Lösung für die Zentrumslasten durch den Kanton. Peter Kämpfer und vor allem Kurt Zubler haben Beispiele erwähnt. Die Stadt Zürich profitiert von einem historischen Kompromiss zwischen Regierungsrat Notter und dem damaligen Stadtpräsidenten Estermann. Die haben sich auf einen Zentrumslastenausgleich für die Stadt Zürich geeinigt. Darum ist dort eine Entschärfung der Situation eingetreten. Ich wäre glücklich, wenn ich heute in dieser Situation wäre, dass wir das ebenso machen könnten mit dem Kanton Schaffhausen. Das ist leider nicht der Fall. Der Hinweis von Peter Kämpfer bezüglich Finanzausgleich hat ja auch bestätigt, dass die Signale nicht unbedingt in die Richtung deuten, dass wir mit unseren Wünschen zur finanziellen Entlastung der Zentrumsleistungen gehört werden. Deswegen, Edgar Zehnder, hat der Stadtrat die Lage etwas anders beurteilt. Wir geben den Hinweis, dass wenn wir in dieser Diskussion nicht die gebührende Berücksichtigung finden, die Einführung der City-Card prüfen wollen - unter Würdigung der Resultate des kantonalen Projektes "Aufgabenteilung". Im Grunde ist dieser Motionstext ein genereller Auftrag an den Stadtrat, besonders wachsam bei der Verfolgung des Projektes Aufgabenteilung zu sein. Es sind alle Stadtratsmitglieder in diesem Projekt involviert.

Wir haben ein Mitspracherecht in diesem Projekt, und wir werden Sie in irgend einer Form in dieses Projekt Aufgabenteilung einbinden. Am 25. September 2002 wird der Steuerungsausschuss über die Aufgabenteilung und über die Aufträge in den Teilprojektgruppen tagen. Ich haben das Votum von Edgar Zehnder als Vorwurf verstanden, wir seien zögerlich. Der Vorwurf ist nicht gerechtfertigt. Wir stützen uns auf ein Projekt, das von Ihrem Parteikollegen und geschätzten Regierungsrat Dr. Erhard Meister vorgeschlagen wurde. Wir wollen dieses Projekt nicht verlassen. Wir wollen die Motion Mittler in dieses Projekt mit einbringen. Das ist der richtige Weg."

Edgar Mittler (FDP) Schlusswort des Motionärs

"Es freut mich, dass Peter Käppler die Wichtigkeit dieser City-Card auch sieht, und mit ihm die meisten seiner FraktionskollegInnen. Es ist genau das Thema, das mich beschäftigt. Ich habe es in meiner Begründung gesagt, dass seit über 20 Jahren über dieses Thema gesprochen wird. Jedes Mal, wenn ein konkreter Vorstoss passiert, muss man wieder Rücksicht nehmen auf laufende Verhandlungen, wie jetzt wieder mit diesem Finanzausgleich. Das ärgert mich, weil man nicht vom Fleck kommt! Die Zeit läuft und wir zahlen und zahlen. Das ist unbefriedigend.

Natürlich ist die City-Card nicht für alles anwendbar. Aber bei den von mir erwähnten Institutionen kann man sie relativ schnell einführen. Bis die Ergebnisse des Projektes "Aufgabenteilung" vorliegen, kann es dauern. Man hat gehört, dass dies bis nächsten Sommer so weit sein sollte. Aber das wird wieder einen Krieg geben über die Definition von Zentrumslasten und Zentrumsnutzen. Da kommen wieder die Vertreter der Landgemeinden und sagen, man brauche eine Maut über die Siblinger Höhe usw. Das dauert und wir kommen nicht zum Ziel.

Zu Kurt Zubler möchte ich einfach sagen: Wir sind stolze SchaffhauserInnen und verzichten auf eine halbe Million Franken Mehreinnahmen; o.k., man kann die Dinge auch so sehen.

Ich möchte meine Motion nicht in eine Interpellation umwandeln, sondern aus taktischen Gründen meinen Motionstext abändern, so wie er vom Stadtrat vorgeschlagen worden ist."

ABSTIMMUNG

Der GrSR überweist die Motion mit **33 : 3 Stimmen** mit folgendem, geänderten Wortlaut:

"Der Stadtrat wird beauftragt, die Einführung einer City-Card zur vergünstigten Benützung von Schaffhauser Kultur-, Sport-, und Freizeitstätten für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser zu prüfen und unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Projekts Aufgabenteilung des Kantons dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu unterbreiten."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP)
Bestrafung der Verschmutzung und Beschädigung des öffentlichen Raums und öffentlicher Bauwerke

Dieses Traktandum entfällt infolge Abwesenheit des Interpellanten

Traktandum 4 INTERPELLATION Urs Tanner (SP)
Attraktivierung Rheinuferstrasse

Dieses Traktandum entfällt infolge Abwesenheit des Interpellanten

Traktandum 5 MOTION Jakob Deppe (FDP)
Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen

Jakob Deppe (FDP) Begründung
"Einige Schlagzeilen:

- 200'000 Betreuungsplätze für Kinder fehlen in der Schweiz.
- Arbeitgeberverbandsdirektor Peter Hasler fordert Strukturen für die ausserschulische Betreuung. (Januar 2001)
- Der Nationalrat will jährlich 100 Mio Franken auf 4 bis 10 Jahre als Starthilfe für ausserschulische Betreuung ausgeben.
- Andere Länder geben mehr aus für Bildung als die Schweiz!
- Fast die Hälfte der Schülerinnen und Schüler sind ausserhalb der Schulzeit unbetreut.

Besonders die letzte Schlagzeile bringt nicht nur die Eltern in Schwierigkeiten, sondern auch die Kinder. Ich habe aus Schaffhausen ein Beispiel, das mich besonders beeindruckt hat. Ein "Schlüsselknabe" aus dem Steingut-Quartier irrte über die Mittagszeit in der Gegend umher und verrichtete seine Notdurft in einem Hausflur. Er war total verhaltensgestört. Er wurde dann "aufgegriffen", fast zwangsweise zu einem Mittagstisch gebracht, und innert einigen Wochen war er wieder normal und eingegliedert. Er wurde über die Mittagszeit betreut und seine Verhaltensstörung war geheilt.

Das Elternforum betreut 3 Mittagstische in Schaffhausen: Steingut, Zündelgut, Breite. Ich bin da Vorstandmitglied und weiss einigermaßen, wovon ich spreche.

Wir sind unterdessen eine "Firma" geworden mit einem Jahresumsatz von ca. 160'000 Franken. Die Vorstandsmitglieder arbeiten ehrenamtlich, ausgenommen Kassierin/Kassier, welche eine symbolische Entschädigung erhalten.

Es werden Kinder betreut vom Primarschulalter bis Sekundarschule und als Ausnahme Kindergärtler - über Mittag 3 - 4 Stunden.

Die Nationalitäten sind sehr durchmischt, bezüglich sozialem Level ist alles vorhanden.

Kostenbeitrag für 3 bis 4 h: CHF 12.-- bis 20.--, je nach Einkommen der Eltern (= 200 bis 420 Franken pro Monat und Kind).

Bezüglich Bedarfslage erinnere ich Sie an die erste Schlagzeile. Das Elternforum explodiert förmlich.

Wir haben schon einen Aufnahmestopp in Erwägung gezogen oder Tarife so zu erhöhen, dass Kinder so ausgeschlossen werden. Das sind nicht gerade sehr soziale Gedanken. Aber was erwägt man nicht alles in der Not?

Die Gesellschaft hat sich gewandelt, ob wir das wollen oder nicht.

Die traditionelle Familie gibt es noch zu etwa 30 % in der Schweiz. Bei kleinen Einkommen ist sie praktisch überhaupt nicht mehr vorhanden.

Ich komme zurück zu den Arbeitgebern. Den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes, Fritz Blaser, kann ich hier zitieren: "Es geht darum, den Arbeitgebern klar zu machen, dass wir in der Familienpolitik ein Defizit haben". Heute seien nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die gesellschaftspolitischen Bedingungen gegeben, dies zu ändern.

Ich komme zur eigentlichen Begründung. An sich erklärt sich die Motion von selbst. Die Ratspräsidentin hat mich ein bisschen auf dem linkem Fuss erwischt, weil ich heute schon dran komme. Ich muss dies halt ein wenig aus dem Stegreif machen.

Die Wirtschaft sucht - die Rezession dauert ja auch nicht ewig - gut ausgebildetes Personal. Statt in Indien oder sonst wo könnte man dieses auch in der Schweiz suchen. Fritz Blaser weist ausdrücklich darauf hin. Wir haben diese Leute. Mittagstische helfen zur Öffnung eines ungenutzten Arbeitskraft-Potentials. Die Finanzierung dieser Mittagstische soll verteilt werden auf die Eltern, die öffentliche Hand und die Arbeitgeber. Auch im Kanton ist da etwas gegangen. Ein Postulat wurde überwiesen mit 32 : 27 Stimmen zur Schaffung von Kinderkrippen und Hortplätzen. Marianne Hug von der SVP hat da gesagt: "Das Wissen der Mütter darf nicht brach liegen."

Die Frauen sind heute vielfach vor die Entscheidung gestellt, Familie und Kinder oder Beruf und Karriere. Es gibt berühmte Beispiele in der Schweiz. Unsere junge Bundesrätin hat aus beruflichen Gründen auf Kinder verzichtet. Die Regierungsrätin Marina Masoni im Tessin hat "klammheimlich" ein Kind geboren. Diese Frau kann sich das ja auch leisten; sie stammt aus einer fast adeligen Tessiner Anwaltsfamilie. Sie kann sich ein Kindermädchen leisten. So geht das auch wieder, aber das sind doch wohl die Ausnahmen.

Man müsste vielleicht auch berücksichtigen, dass der Wiedereinstieg von Müttern in das Berufsleben mehr Steuereinnahmen generiert. Wenn da die öffentliche Hand etwas investiert, dann kommt auch etwas zurück. Wir haben einen Return on Investment, wie es so schön heisst.

Heute sind etwa 26 % Einzelkinder. Das ist für die Entwicklung der Kinder auch nicht besonders gut. Wenn diese Kinder an einem Mittagstisch ein Gemeinschaftserlebnis haben können, dann fördert das auch deren Entwicklung. Sie lernen andere Kulturen kennen. Sie bekommen Antworten auf Fragen wie: "Warum isst Du kein Schweinefleisch, wieso trägst Du ein Kopftuch, was bedeutet das Kreuz an Deiner Halskette?" Kindern lernen so nebenbei andere Kulturen kennen, sie vielleicht gar zu verstehen. Es kann auch das Verständnis für andere Sprachen wecken, vielleicht auch den Ansporn wecken, sie auch zu lernen.

Frauen können sich wieder eher Kinder leisten. Das gibt eine Zunahme der Geburten, und die demographische Entwicklung verbessert sich etwas. Es würde der Stadt Schaffhausen gut anstehen, hier in eine Pionierrolle zu treten und rechtzeitig zu sein, wenn die Bundesgelder beschlossen sind - das ist immer noch im eidg. Parlament hängig -, diese abzuholen. Kinder dürfen etwas kosten. Die Investition lohnt sich. Übrigens ist die Einrichtung Mittagstisch nichts Aussergewöhnliches. Im Tessin ist die Tagesschule normal und gratis, obschon dort noch Transportkosten anfallen. Im Moment bittet die Tessiner Regierung die Eltern, diese möchten jährlich 50 Franken an das Defizit bezahlen. Das wäre meine Begründung. Mehr habe ich in der kurzen Zeit nicht ausmachen können. Ich bitte Sie, dieser Motion mit Überzeugung zuzustimmen und sie an den Stadtrat zu überweisen."

Stadtrat Urs Hunziker

Antwort des Stadtrates *

"Der Mangel an Familien ergänzenden Kinderbetreuungsplätzen wird allgemein anerkannt und allseits bedauert. Eltern fällt es heute schwer, Betreuungsplätze für ihre Kinder zu finden. Diese Knappheit hat Auswirkungen.

Immer mehr Familien und vor allem Frauen wollen oder müssen Familie und Beruf vereinbaren. Mütter verzichten auf eine Erwerbstätigkeit, weil sie keine befriedigende Lösung für die Betreuung der Kinder finden. Gerade allein erziehende Mütter sind angesichts dieser Tatsache oft gezwungen, Sozialhilfegelder in Anspruch zu nehmen.

Nicht zu verkennen ist aber auch die Tendenz, dass gerade gut ausgebildete Frauen zugunsten des Berufes auf Kinder verzichten. Dies wohl nicht zuletzt aufgrund des beschriebenen Mangels an geeigneten Betreuungsmöglichkeiten.

Die Art der Betreuung von Kindern im Schulalter hängt meist mit der wirtschaftlichen Situation ihrer Eltern zusammen. Die relative Selbstständigkeit von Schulkindern führt dazu, dass diese oft viel zu früh auf sich selbst gestellt sind und die Zeiten ausserhalb der Schulstunden unbeaufsichtigt auf der Strasse verbringen. Dies betrifft vor allem Kinder, deren Eltern sich eine adäquate Betreuungsform nicht leisten können oder wollen, oder die aufgrund des latenten Mangels keinen passenden Platz gefunden haben.

Erlauben Sie mir, Ihnen einen Ueberblick über das derzeitige Angebot an Betreuungsformen für Kinder im Volksschulalter zu geben, vor deren Hintergrund mutmasslich die Motion Deppe entstanden ist.

Im städtischen Kinderhort an der Rosengasse werden ca. 36 Schülerinnen und Schüler montags bis freitags von jeweils 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr betreut. Der Hort ist während 4 Wochen Betriebsferien geschlossen. Es besteht derzeit eine Warteliste von 15 Kindern.

Im Chinderhuus an der Hochstrasse, dem Kinderhort Brühl und in der Kinderkrippe Forsthaus werden je nach Bedarf und freien Plätzen ca. 15 Schulkinder neben den Kleinkindern betreut. Diese Betreuungseinrichtungen sind während den Schulferien im Sommer drei Wochen geschlossen.

Der Tagesschulversuch Hohberg/Kreuzgut in Herblingen bietet zur Zeit 20 Vollzeitplätze an. Dieses Betreuungsangebot für Kinder der beiden Schulhäuser Hohberg und Kreuzgut ist während den Schulferien geschlossen.

An der Sitzung vom 21. Mai 2002 beauftragte der Grosse Stadtrat den Stadtrat, bis Ende 2002 Bericht und Antrag für eine definitive Lösung einer Tagesschule in der Stadt Schaffhausen vorzulegen. Dieses Angebot soll allen Schülerinnen und Schülern der Stadt Schaffhausen zugänglich sein.

In den vorgängig genannten Institutionen besteht eine grosse Nachfrage insbesondere nach Betreuung über die Mittagszeit.

Das Elternforum Schaffhausen führt deshalb zur Ergänzung des städtischen Angebotes, mit Unterstützung der Stadt Schaffhausen, drei Mittagstische. Diese befinden sich in den Quartieren Breite, Steingut und Zündelgut, mit ursprünglich je 10 bis 15 Plätzen. Sie bleiben während den Schulferien geschlossen.

Diese Mittagstische bieten insgesamt über 160 verschiedenen Schülerinnen und Schülern vom Kindergarten bis zur Sekundarschule ein ausgewogenes Essen und einen Aufenthalt in einem fröhlichen, familiären Umfeld. Die einen Kinder kommen täglich, andere nur an bestimmten Wochentagen, wieder andere nur vier bis fünf Mal pro Monat. Es sind dies Schülerinnen und Schüler, die nicht zu Hause essen können, weil beide Elternteile berufstätig sind, weil die Mutter krank ist oder der Besuch einer Sonderklasse in einem der Sonderklassen führenden Schulhäuser das nach Hause gehen über die Mittagszeit erschwert.

Das Angebot ist sehr beliebt; die Mittagstische platzen aus allen Nähten. Das Elternforum hat in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen, um mit möglichst geringen städtischen Beiträgen auszukommen. Allerdings ist die Finanzierung, welche mehrheitlich durch Spenden verschiedenster Organisationen zustande kommt, mit etwelchen Unsicherheitsfaktoren behaftet.

So hat das Ausbleiben zweier namhafter Beiträge dazu geführt, dass der Betrieb der bestehenden Mittagstische bereits im laufenden Rechnungsjahr nur mit einem Nachtragskredit des Stadtrates sichergestellt werden konnte. Da davon auszugehen ist, dass die beiden erwähnten Beträge auch in den kommenden Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen werden, wurden die entsprechenden Budgetpositionen für das Jahr 2003 erhöht.

Zur längerfristigen Sicherung des Angebotes wird es ohnehin notwendig sein, die Zusammenarbeit zwischen dem Elternforum und der Stadt mittels eines Leistungsauftrages zu sichern.

Ein grösseres Angebot an Betreuungsplätzen über die Mittagszeit in der ganzen Stadt und Blockzeiten an den Primarschulen würde die Situation für berufstätige Eltern und deren Schulkinder entspannen. Die Kinder würden ihre Mittagspause nicht unbeaufsichtigt auf der Strasse verbringen, und gut ausgebildete Arbeitskräfte blieben dem Arbeitsmarkt zu einem grossen Teil erhalten.

Die Forderung des Motionärs zu einer Ausweitung des Angebotes an Mittagstischen ist aufgrund der vorgängigen Schilderung bestimmt berechtigt. Der Stadtrat ist jedoch der Meinung, dass das Angebot bedarfsgerecht ausgebaut werden soll.

Dies bedeutet, dass nicht unbedingt alle Quartierschulhäuser über ein Mittagstischangebot verfügen müssen. Es macht keinen Sinn, in den nahe beisammen liegenden Schulhäusern Altstadt und Emmersberg je einen Mittagstisch einzurichten. Ausserdem erwartet der Stadtrat eine Vernetzung des Mittagstischangebotes mit bestehenden und geplanten Betreuungsmöglichkeiten.

Er schlägt deshalb dem Motionär die nachfolgende Änderung des Motionstextes vor:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zur Schaffung von Mittagstischen **als Ergänzung zu den bestehenden und geplanten Angeboten in allen Quartieren** der Stadt Schaffhausen zu unterbreiten.

Dementsprechend müsste auch der Titel der Motion wie folgt geändert werden:

Mittagstische in allen Quartieren der Stadt Schaffhausen in Ergänzung zu bestehenden und geplanten Angeboten.

Der Motionstext zielt primär auf die Schaffung von zusätzlichen Mittagstischplätzen und einen besseren Versorgungsgrad in allen Quartieren ab. Als sinnvolle Ergänzung zum städtischen Kinderhort und zum künftigen Tagesschulangebot empfiehlt der Stadtrat, die Motion Deppe mit den vorgeschlagenen Änderungen als erheblich zu erklären."

Mehmet Ertogrul (SP) Votum *

"Als neues Mitglied im Grossen Stadtrat der Stadt Schaffhausen möchte ich zur Einleitung ein paar Gedanken zum Thema Mittagstisch und Tagesschule äussern.

Das Thema Mittagstisch und Tagesschule ist eine Antwort auf die gesellschaftlichen Veränderungen.

Dazu einige Zahlen aus dem Bundesamt für Statistik: 55% der Mütter mit Kindern sind erwerbstätig. 41% der Ehen werden geschieden. Jedes 4. Kind wächst heute ohne Geschwister auf.

Es ist uns zudem bekannt, dass in vielen Familien oft beide Eltern berufstätig sein müssen, um die Familie zu ernähren (Stichwort: Working Poors).

Der Mittagstisch ist da ein Meilenstein auf dem Weg zu einer familienfreundlicheren Schule. Aber, wer betreut die Kinder in den Randstunden, zum Beispiel, wenn der Unterricht morgens von 9.00 bis 11.00 Uhr und am Nachmittag von 13.45 bis 15.00 Uhr dauert? Was, wenn die Lehrkraft krank ist? Wenn die Schule mit den angestrebten Blockzeiten von 8.20 bis 11.45 dauert? An welcher Arbeitsstelle kann eine Frau nur 3 Stunden am Stück arbeiten? Vom Arbeitsweg und Mittagessen zubereiten mal ganz abgesehen

Die Tagesschule hingegen ist eine Schule, die von Montag bis Freitag von Morgen früh bis zum späten Nachmittag durchgehend geöffnet ist. Die Kinder werden in der Freizeit betreut. Das Mittagessen wird gemeinsam in der Schule eingenommen, und die Hausaufgaben werden, begleitet von professionellen Lehrkräften, erledigt. Die Tagesschule ist eine ganzheitliche Lösung.

Nicht zuletzt hat uns die Pisastudie gezeigt, dass in Ländern mit Tagesschulkonzept (wie in Finnland) die Kinder bessere Startchancen haben und damit auch höhere Leistungen erbringen können.

Noch ein persönliches Argument aus meinem Berufsalltag: Eine grosse Zahl Kinder und Jugendlicher ist heute tagsüber ohne Betreuung. Die soziale Kontrolle im öffentlichen Raum funktioniert nicht mehr. Für viele dieser Kinder besteht deshalb die Gefahr, dass sie auf eine „schiefe Bahn“ geraten, was im schlimmsten Fall zu Sucht- und Gewaltverhalten führt. Ein grösseres Angebot an Tagesschulen könnte hier einen wesentlichen Beitrag zur Prävention leisten und würde ausserdem wesentlich tiefere Kosten verursachen als spätere jugendanwaltschaftliche Massnahmen.

Wir unterstützen den Mittagstisch, aber es ist kein Ersatz für die Tagesschule. Das Thema ist damit nicht vom Tisch. Wir werden den Vorschlag des Stadtrates auch unterstützen.

Zum Schluss: Die Dinge laufen manchmal im Schneckentempo - aber auch die Schnecke kommt ans Ziel."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich kann mich meinem Vorredner in jeder Beziehung anschliessen. Ich werde die Motion unterstützen. Der Weg stimmt. Aber es ist mir wichtig, zu sagen, dass das Auseinanderbrechen der Schule - verschiedene Betreuungssysteme in verschiedenen Leistungsaufträgen mit verschiedenen Leistungsträgern - natürlich nicht die Lösung der Zukunft sein kann. Wir müssen das Produkt Tagesschule fördern. Der Mittagstisch kann nur eine Übergangslösung sein. Ich sage absichtlich das Produkt Tagesschule. Ich möchte in die Geschichte zurück schauen. Die deutsche Schweiz - denke ich - ist das einzige Land der Welt, welches es sich nach dem 2. Weltkrieg leisten konnte, dank intakter Produktionsanlagen die Einverdiener-Familie in die Welt zu setzen. In ganz Europa und auf allen Kontinenten ist es niemandem in den Sinn gekommen, ein so verrücktes Schulmodell auf die Beine zu stellen, wie wir das heute in der Schweiz in dieser Differenzierung haben. Wenn wir da nicht anpacken und in einer Zukunftsvision an die Reformen dieser Schulen gehen, dann befürchte ich, dass wir mit 25 Institutionen zu jeder günstigen und ungünstigen Zeit die Kinder an allen Rand- und Nebenstunden betreuen müssen, ohne dass wir das Problem adäquaten Lösungen zuführen. Ich bitte Sie, zukünftig beim Thema Schulpolitik wirklich daran zu denken, dass nicht nur die Pisa-Studie bewiesen hat, dass unser Schulsystem nicht das Beste ist, sondern dass wir weltweit ein Unikum vor uns haben, was sich übrigens auch auf der Kostenseite negativ zu Buche schlägt."

Theresia Derksen (CVP) Votum

"Das Thema Mittagstisch ist eine alte Forderung von verschiedenen Frauenorganisationen und dessen Realisierung längst überfällig. Der Mittagstisch kann eine Lücke in der fehlenden Betreuungsmöglichkeit füllen. Für die Kinder ist ein Mittagstisch eine Bereicherung, treffen sie hier doch auf Kameraden aus allen sozialen und kulturellen Schichten. Es gelten die gleichen Argumente wie bei den Kinderkrippen. Genau wie bei den Kinderkrippen können die Kinder vielleicht nur ein- oder zweimal pro Woche den Mittagstisch besuchen. Der Mittagstisch ist nicht nur eine Einrichtung für Alleinerziehende und Teilzeitbeschäftigte. Auch sogenannte traditionelle Familien wären hie und da froh, wenn sie ihre Kinder an einen

Mittagstisch schicken könnten, sei es, dass die Mutter ins Spital muss oder andere Umstände vorliegen. Der Mittagstisch ist ein gutes Angebot. Ich werde daher diese Motion unterstützen."

Alfons Cadario (EVP) Votum

"Auch ich werde diese Motion unterstützen. Ich erinnere Sie aber an die Vorlage, die wir vor 13/4 Jahren diskutiert haben. Dort hat es zum Teil von gewissen Seiten noch etwas anders getönt. Beim Mittagstisch geht es nicht nur darum, Alleinerziehende oder schwächer verdienende Familien zu unterstützen. Es gibt auch Familien, die gut verdienen, wo aber die Kinder nicht nach Hause kommen (können) über Mittag. Ich kann Ihnen dies anhand eines Beispiels aus meiner eigenen Familie darlegen. Einer meiner Enkel wohnt in der Sommerwiese, geht ins Gega Schulhaus zur Schule und hat eine Stunde Mittagspause. Der andere Enkel, ebenfalls in der Sommerwiese wohnhaft, besucht die Schule im Emmersberg und hat auch eine Stunde Mittagspause. Wie sollen diese beiden Schüler über Mittag nach Hause fahren, Mittag essen und wieder zeitig in der Schule sein? Beim Mittagstisch sind diese Kinder wohl behütet und beaufsichtigt. Darum bitte ich Sie, diese Motion zu unterstützen."

Erwin Sutter (EDU) Votum

"Ich bin nicht gegen Mittagstische. Ich bin auch der Meinung, dass das Problem da und dort vorhanden ist und es diese Einrichtung braucht. Aber was mich an der ganzen Sache ein bisschen stört, ist, dass wir nicht an den Ursachen arbeiten. Es wurde gesagt, dass 41 % der Ehen in der Schweiz geschieden werden, dass 26 % Einzelkinder sind. Es ist klar, dass dies Tatsachen sind. Aber wir unternehmen nichts zur Bekämpfung der Ursachen. Da müssen wir uns auch einmal Gedanken machen, wie wir etwas Geld in die Ursachenbehebung hineinstecken können. Mein Vorschlag wäre, nebst der Einrichtung von Mittagstischen auch Familienplätze zu unterstützen. Das wäre ebenfalls eine sehr sinnvolle Kinderbetreuung."

Verena Stutz (SP) Votum

"Die Arbeit des Elternforums ist lobens- und verdankenswert. Als Mitglied des Stadtschulrates sehe ich sehr häufig, dass ein grosser Bedarf an gut geführten Betreuungseinrichtungen besteht; dies aus ganz verschiedenen Gründen, wie sie Jakob Deppe bereits dargelegt hat. Ob wir nun Bundesgelder abholen können oder nicht: Betreute Kinder fühlen sich wohl, sie können Kind sein und sich auf ihre Aufgabe als Schüler oder Schülerin konzentrieren. Ich unterstütze die Motion ganz innig, würde aber wirklich wünschen, dass der Motionstext gemäss dem Vorschlag des Stadtrates geändert wird. Die Motion ist ein Schritt zur verlangten Vorlage, die der GrSR per Ende Jahr erhalten sollte. Der Mittagstisch kann nicht als Ersatz für die Tagesschule angesehen werden."

Jakob Deppe (FDP) Schlusswort des Motionärs

"Ich bin sehr froh über die gute Aufnahme meiner Motion. Erwin Sutter, Du hast recht, Ursachenbekämpfung wäre etwas Richtiges, nur haben wir die geschilderte Situation und eine Besserung steht nicht ins Haus. Ich bitte, den Sinn für die Realität nicht zu verlieren. Ich bin in einer traditionellen Einverdiener-Familie aufgewachsen. Das ist das schönste Familienmodell, das es überhaupt gibt. Aber leider ist das heute nicht mehr die Norm. Das Rad können wir hier kaum zurück drehen."

Ich habe von Mittagstischen gesprochen. Das soll man nicht mit Tagesschule verwechseln. Aber der Mittagstisch ist ein erster Schritt dazu.

Zum Problem mit den verschiedenen Schulzeiten: Dass Blockzeiten wünschenswert wären, wissen wir alle. Auch da sind die Schule und der Schulreferent Urs Hunziker noch sehr gefordert.

Es ist auch nicht so, dass Mittagstische nur für Kinder von schlechter verdienenden Eltern errichtet werden sollen. Wir sind sogar froh, wenn Kinder von wohlhabenden Leuten kommen. Die zahlen nämlich mehr und bringen den etwas besseren Deckungsgrad.

Zum Abänderungsvorschlag des Stadtrates: Es ist völlig klar, dass nicht ein Mittagstisch den anderen konkurrenzieren soll. Das gibt der gesunde Menschenverstand vor. Daher bin ich mit dieser Änderung sehr wohl einverstanden."

ABSTIMMUNG

Der GrSR überweist die Motion mit **38 : 1 Stimmen** mit folgendem, geänderten Wortlaut:

"Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zur Schaffung von Mittagstischen **als Ergänzung zu den bestehenden und geplanten Angeboten in allen Quartieren** der Stadt Schaffhausen zu unterbreiten."

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle bricht die Ratspräsidentin die Beratung der heutigen Traktandenliste ab und schliesst die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 29. Oktober 2002, 17.00 Uhr